

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Fernsprecher: Zum Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Delft-Platz 8
Drahtanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders vereinbart ist. Gebührenfrei für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 16. Oktober 1930

Die Regierungserklärung.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Die Erklärung, die Reichskanzler Brüning am Donnerstag für eine schwache und von innen heraus stark bedrohte Regierung im Reichstag abgegeben hat, war, gemessen an den früheren Reden des Reichskanzlers in ihrem einleitenden Teil bemerkenswert bescheiden. Während Herr Brüning früher für die Regierungshandlungen seiner Regierung in Anspruch nahm, dass sie die finanzielle Ordnung wiederhergestellt haben, hat er am Donnerstag lediglich erklärt, durch die Notverordnung seien die ersten Schritte zur Milderung der finanziellen Schwierigkeiten getan worden. Zu dieser vorsichtigen Zurückhaltung hatte Herr Brüning umso mehr Anlass, als ihm die schwere Aufgabe oblag, auf die Kosten für das deutsche Volk hinzuweisen, die der 14. September ihm auferlegt habe. Wenn seit dem Wahltage die Geld- und Kreditverhältnisse Deutschlands sich ungeheuer verschlechtert haben, Kapital- und Steuerflucht riesenhaft angewachsen sind, Verzagtheit und Kleinmut weiter um sich gegriffen haben und durch die Vertrauenskrise die Finanzen auf das schwerste geschädigt, die Zahl der Arbeitslosen gewältig erhöht worden ist, so ist das die Rechnung für das Anwachsen der Nationalsozialisten, zu dem die falsche Spekulation der Regierung erheblich beigetragen hat.

Der Reichskanzler hat aus der Bereitwilligkeit des Auslandes, Deutschland durch einen 525 Millionen-Kredit die Ueberwindung seiner Finanzschwierigkeiten zu ermöglichen, gefolgert, man solle im Inland dasselbe Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und Regierung haben, das man ihnen jenseits der Grenzen entgegenbringt. Das wäre sicherlich wünschenswert. Aber sowohl die Zusammensetzung des Kabinetts als auch sein Programm machen das recht schwer. Das gilt auch für die Darlegungen des Reichskanzlers, die im wesentlichen nur wiederholten, was durch frühere Veröffentlichungen bereits bekannt war. Wie soll Vertrauen zur Regierung entstehen, wenn zwar den Arbeitslosen ausreichende Unterstützung versprochen wird, gleichzeitig aber die Leistungen herabgesetzt und die Zuschüsse des Reichs im nächsten Jahre zur Erwerbslosenversicherung eingestellt werden sollen? Man wird dagegen einwenden, die Regierung beabsichtige, durch ihre Massnahmen die Arbeitslosigkeit zu verhindern. Aber man sieht nicht recht, wie erreicht werden soll, wenn für grosszügige Arbeitsbeschaffung kein Geld vorhanden ist, wenn die Finanznot der Gemeinden erhalten bleibt und wenn gerade Folge einer schlechten Handelspolitik die Ausfuhr deutscher Fertigerzeugnisse noch grössere Schwierigkeiten stösst als bisher.

Der Reichskanzler hat versichert, die Regierung wolle keine dauernde Senkung des Reallohnes. Ihr Ziel sei die Anpassung der deutschen Preise an die sinkenden Preise des Weltmarktes. Es sei eine Senkung der Produktionskosten notwendig, die vorübergehend eine Senkung auch der Nominallohne bedinge. Trotz dauernder kommunistischer Aufforderungen hat der Reichskanzler sich nicht zu dem Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie geäussert. Sollte er der Meinung sein, dass die Regierung sich nicht auf die Verbindlich-

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Delle-Affiance-Platz 8
Druckanschrift: Copadruß

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Genehmigung beiderseits 4 Wochen vor dem Drucktermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Gebühren für beide Seiten 10 Mark.

Berlin, den 16. Oktober 1930

Die Regierungserklärung.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Die Erklärung, die Reichskanzler Brüning am Donnerstag für eine schwache und von innen heraus stark bedrohte Regierung im Reichstag abgegeben hat, war, gemessen an den früheren Reden des Reichskanzlers in ihrem einleitenden Teil bemerkenswert bescheiden. Während Herr Brüning früher für die Regierungshandlungen seiner Regierung in Anspruch nahm, dass sie die finanzielle Ordnung wiederhergestellt haben, hat er am Donnerstag lediglich erklärt, durch die Notverordnung seien die ersten Schritte zur Milderung der finanziellen Schwierigkeiten getan worden. Zu dieser vorsichtigen Zurückhaltung hatte Herr Brüning umso mehr Anlass, als ihm die schwere Aufgabe oblag, auf die Kosten für das deutsche Volk hinzuweisen, die der 14. September ihm auferlegt habe. Wenn seit dem Wahltage die Geld- und Kreditverhältnisse Deutschlands sich ungeheuer verschlechtert haben, Kapital- und Steuerflucht riesenhaft angewachsen sind, Verzagtheit und Kleinmut weiter um sich gegriffen haben und durch die Vertrauenskrise die Finanzen auf das schwerste geschädigt, die Zahl der Arbeitslosen gewältig erhöht worden ist, so ist das die Rechnung für das Anwachsen der Nationalsozialisten, zu dem die falsche Spekulation der Regierung erheblich beigetragen hat.

Der Reichskanzler hat aus der Bereitwilligkeit des Auslandes, Deutschland durch einen 525 Millionen-Kredit die Ueberwindung seiner Finanzschwierigkeiten zu ermöglichen, gefolgert, man solle im Inland dasselbe Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und Regierung haben, das man ihnen jenseits der Grenzen entgegenbringt. Das wäre sicherlich wünschenswert. Aber sowohl die Zusammensetzung des Kabinetts als auch sein Programm machen das recht schwer. Das gilt auch für die Darlegungen des Reichskanzlers, die im wesentlichen nur wiederholten, was durch frühere Veröffentlichungen bereits bekannt war. Wie soll Vertrauen zur Regierung entstehen, wenn zwar den Arbeitslosen ausreichende Unterstützung verprochen wird, gleichzeitig aber die Leistungen herabgesetzt und die Zuschüsse des Reichs im nächsten Jahre zur Erwerbslosenversicherung eingestellt werden? Man wird dagegen einwenden, die Regierung beabsichtige, durch ihre Massnahmen die Arbeitslosigkeit zu verhindern. Aber man sieht nicht recht, wie erreicht werden soll, wenn für grosszügige Arbeitsbeschaffung kein Geld vorhanden ist, wenn die Finanznot der Gemeinden erhalten bleibt und wenn gar Folge einer schlechten Handelspolitik die Ausfuhr deutscher Fertigerzeugnisse noch grössere Schwierigkeiten stösst als bisher.

Der Reichskanzler hat versichert, die Regierung wolle keine dauernde Senkung des Reallohnes. Ihr Ziel sei die Anpassung der deutschen Preise an die sinkenden Preise des Weltmarktes. Es sei eine Senkung der Produktionskosten notwendig, die vorübergehend eine Senkung auch der Nominallohne bedinge. Trotz dauernder kommunistischer Aufforderungen hat der Reichskanzler sich nicht zu dem Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie geäussert. Sollte er der Meinung sein, dass die Regierung sich nicht auf die Verbindlich-

keitserklärung festlegen dürfe und dass ein Abbau der Löhne vor einer durchgreifenden Senkung der Preise nicht möglich sei, so wäre das sehr zu begrüßen. Leider aber sagte er darüber nichts. Hier ist überhaupt eine der anfechtbarsten Stellen des Wirtschaftsprogramms der Regierung. So erfreulich es ist, dass die Regierung eine sechsprozentige Ermässigung der Kohlenpreise durchgesetzt hat, aber warum tritt diese Ermässigung erst am 1. Dezember in Kraft, warum folgen nicht die Eisenpreise, warum bleibt die Preissenkung auf vielen anderen Gebieten aus, warum plant die Regierung Massnahmen, die zur Erhöhung der Preise, besonders für Lebensmittel führen können oder führen müssen? Das alles ist unvereinbar mit einem Abbau der Löhne, aber auch mit einer Gesundung der Wirtschaft, die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit führen soll.

Mit besonderem Interesse hat die Öffentlichkeit auf den aussenpolitischen Teil der Regierungserklärung gewartet. Wenn sie versichert, dass Deutschland wie bisher den Weg des Friedens gehen wird und eine Politik der Abenteuer ablehnt, so verzeichnen wir das mit Genugtuung. Gewiss sind Zweifel berechtigt, ob Deutschland die Reparationslasten, die der Youngplan ihm auferlegt, obwohl sie niedriger sind als früher, auf die Dauer ohne wirtschaftliche und soziale Störungen tragen kann. Aber gerade diejenigen, die die Ermässigung der Reparationslasten im Interesse des deutschen Volkes wünschen und erstreben, haben jeden Schritt sorgsam darauf zu prüfen, ob er diesem Ziele wirklich dient, oder ob er nicht das Vertrauen zu Deutschlands Wirtschaft erschüttert und seinen Kredit verschlechtert.

Ueber das Schicksal der Regierung Brüning, das am Sonnabend entschieden werden soll, lässt sich nichts voraussagen. Zwar hat der Reichskanzler sein Einverständnis mit der Ueberweisung der Notverordnungen und der Anträge auf ihre Aufhebung an einen Ausschuss des Reichstags erklärt. Auch Abänderungen, von denen er allerdings wünscht, dass sie das ganze Gebäude nicht zum Einsturz bringen sollen, hält er für möglich. Ob die Regierungsparteien darin mit der Regierung übereinstimmen, steht allerdings noch nicht fest. Aber selbst wenn diese Klippe umschifft wird, bleibt die Existenz der Regierung bedroht. Neben den allgemeinen Misstrauensanträgen liegen auch Anträge auf Misstrauen gegen einzelne Minister, z.B. gegen Curtius, vor. Und da neben den Kommunisten, den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen auch die Landvolkpartei des Herrn Schiele, vielleicht sogar auch die Wirtschaftspartei und ein Teil der Deutschen Volkspartei diesem Misstrauensantrage zuzustimmen bereit ist, so kann leicht von dieser Seite her die Regierung einen schweren Schlag erhalten.

Die Haltung der Sozialdemokratie ist durch ihre Entschliessung vom 3. Oktober gegeben. Sie lässt sich von ihren politischen Gegnern nicht das Gesetz des Handelns vorschreiben. Sie wird unbeirrt von den Radikalen rechts und links zur Rettung der Demokratie, des parlamentarischen Systems und der Rechte des arbeitenden Volkes, den Weg gehen, den sie für richtig hält.

SPD. Das Provinzialschulkollegium Berlin-Lichterfelde hat an die Leiter der höheren Lehranstalten folgenden Runderlass gerichtet:

"Durch die Polizei sind bei den Ausschreitungen, die in den letzten Tagen in den Strassen Berlins stattgefunden haben, auch Schüler höherer Schulen festgenommen worden. Wir ersuchen Sie, die Schüler der Ihnen unterstellten Schulen nachdrücklichst vor der Teilnahme an ähnlichen Demonstrationen zu warnen. Auch bei den Schülern wird Verständnis dafür zu finden sein, dass es nicht angeht, derartige sinnlose Zusammenrottungen, die mit Gesinnung irgendeiner Art nichts zu tun haben, auch nur durch ihre Anwesenheit zu fördern. Wer trotzdem teilnimmt, schliesst sich selbst von der Schulgemeinschaft aus und setzt sich unnachsichtlicher Bestrafung aus. Bei erheblicheren Verfehlungen ist zu gewärtigen, dass Ausschluss von allen preussischen höheren Schulen verfügt wird.

SPD. Braunschweig, 16. Okt. (Eig. Dr. u. Ab.

Der sozialdemokratische braunschweigische "Volksfreund" hat den Bericht des Berliner Polizeioffiziers in der Angelegenheit Franzen als Extrablatt verbreitet. Das Polizeipräsidium hatte nichts eiligeres zu tun als die Veröffentlichung zu beschlagnahmen. Erst auf Grund eines Protestes des "Volksfreund"-Verlages an den Oberstaatsanwalt wurde die Beschlagnahme nach einiger Zeit wieder aufgehoben. Das Extrablatt hatte folgenden Inhalt:

"Polizeiminister Franzen schützt Betrüger, führt Berliner Polizei irre und sagt die Unwahrheit: Der Hakenkreuzminister Franzen hat sich in Berlin anlässlich der Krawalle am Potsdamer Platz für einen 24jährigen Landwirt Guth aus Schleswig-Holstein eingesetzt und den Eindruck zu erwecken versucht, als handle es sich bei Guth um den preussischen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Lohse. Polizei- und Kultusminister Franzen hat die Beschuldigungen zuerst abgestritten. Jetzt wird er durch amtliche Aussagen der Berliner Polizeibeamten überführt, die Unwahrheit gesagt zu haben. Die braunschweigischen bürgerlichen Zeitungen schweigen den amtlichen Bericht tot, weil es ihnen unangenehm ist, dass ein braunschweigischer Polizeiminister die Unwahrheit sagt und amtliche Stellen irreführt."

Am Schluss des Flugblattes heisst es: "Minister Franzen wird sich im Landtag zu verantworten haben, falls er es nicht vorziehen sollte, umgehend sein Amt zur Verfügung zu stellen. Der Staatsanwalt und die Eisenbahndirektion beschäftigen sich bereits eingehend mit Franzen und Guth. Wer nicht einseitig unterrichtet sein will, liest den "Volksfreund"."

SPD. Der angekündigte Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Behebung der Wirtschaftsnot hat folgenden Wortlaut:

"Der Reichstag wolle beschliessen: Die Reichsregierung aufzufordern, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und um der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken, unverzüglich die folgenden Massnahmen zu ergreifen:

1. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zum Zwecke der gerechten Verteilung der Arbeitsgelegenheit für die Dauer der ausserordentlichen Arbeitslosigkeit die vierzigstündige Arbeitswoche vorschreibt, unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Dabei muss die Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Anmeldung offener Stellen zur zwingenden Vorschrift gemacht werden. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die freiwerdenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen. Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, dass der Unternehmer für jede Ueberstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen hat.

2. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Anrechnung aller Einkünfte auf alle Pensionen und Wartegelder unter Schonung der kleinen Gesamteinkommen zu erfolgen hat.

3. Auf Grund der Vollmachten der Kartellverordnungen vom 2. November 1923 und vom 26. Juli 1930 ist eine durchgreifende Preissenkung, im besonderen bei den Grundstoffen der Industrie, den Lebensmitteln und anderen Gegenständen des Massenbedarfs herbeizuführen. Widerstände sind durch Aufhebung von Preisbindungen, durch Herabsetzung von Zöllen oder durch Verschärfung der Kartellkontrolle zu überwinden.

Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung ist wieder herzustellen.

4. Die Reichsregierung wird aufgefordert, zur wirksamen Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht

a) unter Aufhebung entgegenstehender Verwaltungsanordnungen die Finanzämter anzuweisen, in allen Zweifelsfällen von der gesetzlichen Auskunftspflicht

- der Banken, Bankiers und Vermögensverwalter Gebrauch zu machen;
- b) die Finanzämter anzuweisen, die Bestimmungen der §§ 33, 34 des Einkommensteuergesetzes über die Erfassung von Gewinnen aus dem Geschäftsverkehr mit dem Ausland streng durchzuführen;
 - c) die Organe des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes in verstärktem Masse zur Aufklärung von Steuerfluchtvergehen heranzuziehen;
 - d) dafür zu sorgen, dass bei Steuerfluchtvergehen die bestehenden Strafvorschriften für Steuerzuwiderhandlungen (Freiheitsstrafen, Vermögenseinziehung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) mit aller Schärfe angewendet und die Namen der Bestraften sowie die festgesetzten Strafen in allen Fällen veröffentlicht werden;
 - e) den Abschluss internationaler Rechtshilfeverträge zu betreiben.

Ausserdem wurden folgende Anträge eingebracht:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich Massnahmen vorzubereiten durch die die finanziellen Schwierigkeiten der Pensionsversicherung der im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten (Knappschaftsversicherung) wirksamer als durch die Lex Brüning behoben werden,

2. die Reichsregierung aufzufordern, zur Entlastung des Arbeitsmarkts von jugendlichen Arbeitskräften schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erweiterung der allgemeinen Schulpflicht unter Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen reichsgesetzlich regelt.

SPD. Rom, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Ministerrat hat beschlossen, den Festtag zur Erinnerung an den Einzug der italienischen Truppen in Rom am 20. September 1870 abzuschaffen. An seiner Stelle wird der 11. April zur Erinnerung an die Unterzeichnung der Lateran-Verträge gefeiert. Als weiterer Feiertag wurde der 23. März bestimmt, zur Erinnerung an die Gründung des ersten Fascio in Mailand. Der 28. Oktober, der bisher schon als Gedenktag an den Marsch auf Rom gefeiert wurde, soll in Zukunft als besonders hoher Nationalfeiertag gelten.

SPD. Paris, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auch in der französischen Wirtschaft, die sich bisher in einer privilegierten Situation befunden hat, macht sich die Auswirkung der internationalen Wirtschaftskrise von Monat zu Monat stärker bemerkbar. So weist die am Donnerstag veröffentlichte Aussenhandelsbilanz eine neue beträchtliche Erhöhung des Einfuhrüberschusses auf. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ist die Einfuhr von 43,8 Milliarden im Vorjahr auf 39,2 Milliarden, die Ausfuhr von 37 Milliarden auf 32,6 Milliarden gesunken. Das Defizit der Handelsbilanz berechnet sich danach für die drei Quartale auf 6,6 Milliarden. Bei der Einfuhr beträgt der Rückgang $10\frac{1}{2}$ Prozent, bei der Ausfuhr 12 Prozent. Während sich die Ausfuhr von Lebensmitteln um 20, die der industriellen Rohstoffe um $14\frac{1}{2}$ Prozent vermindert hat, ist die Einfuhr von Fertigprodukten um nicht weniger als 1,2 Milliarden gleich 17 Prozent gestiegen. Dagegen ist der Export von Fertigwaren um 2,6 Milliarden gleich $11\frac{1}{2}$ Prozent gesunken.

SPD. Reichstagspräsident Löbe hat der Reichstagskasse mitgeteilt, dass er auf die Hälfte der ihm als Präsident des Reichstags zustehenden Aufwandsentschädigung verzichtet. Damit setzt der sozialdemokratische Reichstagspräsident nur fort, was er bereits im vorigen Reichstag getan hat.

Es sei bei dieser Gelegenheit auch in die Erinnerung zurückgerufen, dass die Erhöhung der Aufwandsentschädigung des Reichstagspräsidenten vor einigen Jahren auf Antrag der bürgerlichen Parteien und gegen den Wunsch Löbes beschlossen worden ist.

SPD. Frankfurt/M., 16. Oktober (Eig. Draht)

Das Schöffengericht Heidelberg verurteilte den Amtsgerichtsrat Strübel wegen Vergehens im Amte und Missbrauch seiner amtlichen Gewalt zu 2 Jahren, 2 Monaten Gefängnis.

Strübel, der in den letzten Jahren als Strafrichter in Mannheim tätig gewesen ist - vor dem Krieg amtierte er in Lothringen - hat sich in seinem Amtszimmer Frauen und Mädchen gegenüber, die mit ihm als Strafrichter zu tun hatten unsittlich genähert. In einer Reihe von Fällen hat er sich auch weibliche Angeklagte oder Verurteilte in seine Wohnung bestellt, und nach der Angabe von Zeuginnen ist es dabei zu einem intimen Verkehr gekommen. Straferschwerend kam in Betracht, dass Strübel die Notlage der Frauen missbrauchte. In fast allen Fällen handelte es sich um Anträge, Haftstrafen in Geldstrafen umzuwandeln oder um den Antrag, Gnadengesuche, die ihm eingereicht wurden, empfehlend weiterzugeben. Der gewissenlose Richter bestritt in der Verhandlung, die in Heidelberg stattfinden musste, da die Mannheimer Richter sich für befangen erklärt hatten, jede rechtswidrige Handlung, wurde aber durch erdrückendes Beweismaterial überführt. Bei der Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende fest, dass der Verurteilte intellektuell seinem Amte nicht gewachsen sei.

SPD. Amlich wird mitgeteilt: "Generaloberst Heye hat gebeten, den auf den 30. November 1930 festgesetzten Termin seines Ausscheidens aus dem Dienst auf den 31. Oktober 1930 vorzuverlegen. Im Hinblick auf die jetzige politisch besonders bewegte Zeit hält er es im Interesse des Heeres für notwendig, dass die Übergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger jetzt beendet wird, damit wieder ganz klare Befehlsverhältnisse in der Heeresleitung geschaffen werden. Der Herr Reichspräsident hat dem Antrage stattgegeben. Generaloberst Heye ist seinem Antrage gemäss bis zum Tage seines Ausscheidens beurlaubt worden. Die Geschäfte des Chefs der Heeresleitung versieht Generalmajor Freiherr von Hammerstein-Equord."

SPD. Zürich, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Von der "Neuen Züricher Zeitung" wird gemeldet: "Um die Fortschritte der italienisch-deutschen Annäherung zu kennzeichnen, hatten kürzlich einige deutsche Rechtsblätter die Nachricht von der angeblichen Wiedezulassung deutscher Privatschulen in Südtirol und die Einführung eines deutschsprachigen Ergänzungsunterrichts in den Gemeindeschulen verbreitet. Die italienischen Blätter "Provincia di Bolzano" und "Brennero" bezeichnen diese Nachricht als vollständig falsch. In der Italienisierung gebe es für den Faschismus kein Zurück."

SPD. Der Hauptvorstand der Demokratischen Partei hat am Donnerstag beschlossen, einem ausserordentlichen Parteitag vorzuschlagen, "den Uebergang in die Deutsche Staatspartei zu vollziehen". Mit anderen Worten: Die Demokratische Partei soll in Staatspartei umgetauft werden. Von ihrem Uebergang in die Staatspartei kann insofern keine Rede sein, als sich zu der Staatspartei nach deren Zusammenbruch nur noch die Demokratische Partei bekennt.

SPD. Köln, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

In den letzten vier Monaten sind in der Rheinprovinz 219 Personen im Rhein ertrunken. Davon entfallen 61 auf die Stadt Köln. 57 Personen konnten von dem Tode des Ertrinkens gerettet werden. Davon entfallen allein 45 auf den Rettungsdienst des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat als Redner für die am Freitag-Vormittag im Reichstag beginnende politische Debatte den Abgeordneten Hermann Müller-Franken bestimmt. Der sozialdemokratische Abgeordnete und Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes Brandes wird zu dem Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären, sprechen. Im übrigen behält sich die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor, je nach dem Verlauf der Debatte noch weitere Redner zu bestimmen.

SPD. Köln, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurde auf einem Kölner Friedhof ein früherer Gewerkschafts-angestellter zur letzten Ruhe bestattet. Eine grosse Anzahl Kränze mit roten Schleifen war um den Sarg gelegt. Als der katholische Geistliche mit seinen Messedienern die Totenhalle betrat, forderte er die Angehörigen kategorisch auf, die roten Schleifen zuentfernen, sonst werde er die Einsegnung des Toten und die übrigen Zeremonien nicht vornehmen. Ein Sohn des Verstorbenen versuchte daraufhin, dem Geistlichen klarzumachen, dass er die Kranzspender unmöglich derart beleidigen könne. Daraufhin verliess der Geistliche die Leichenhalle. Die Beerdigung musste ohne ihn vor sich gehen.

SPD. Der knappschaftlichen Pensionsversicherung soll der im vorigen Jahr unter der Regierung Müller vom Reichstag beschlossene Zuschuss aus Reichsmitteln nicht mehr gezahlt werden. Sogar die in den letzten drei Monaten fällig gewesenen Zuschussraten sollen nicht mehr zur Auszahlung gelangen. Die Knappschaft gerät dadurch in eine unhaltbare Situation. Unter den Rentnern und Versicherten im Bergbau ist daher eine starke Beunruhigung entstanden.

Die Funktionäre des Afabundes der westlichen Bergbaureviere haben dieser Tage in Essen gegen die Massnahme der Reichsregierung Protest erhoben. Sie wiesen darauf hin, dass der Wegfall des Reichszuschusses zwangsläufig unübersehbare soziale Erschütterungen im Bergbau zur Folge haben muss. Die Angestelltenpensionskasse habe bereits im Jahre 1928 einen erheblichen Leistungsabbau vorgenommen, sodass auf diesem Weg heute keine Möglichkeit zur Sanierung mehr bestehe. Auf der anderen Seite könnten die Beiträge unmöglich weiter gesteigert werden. Eine Rückgängigmachung der Massnahme der Reichsregierung sei daher unbedingt geboten.

SPD. München, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Zu wilden Tumultszenen und erregtem Handgemenge kam es am Donnerstag im Münchener Stadtrat. Der Wortführer der Nationalsozialisten, der berüchtigte Esser, erhob bei der Begründung seiner gegen den Polizeipräsidenten gerichteten Anträge wütende Angriffe und Beschimpfungen gegen Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, die sie ebenso wieder zurückgaben. Die Kampfwut der Gegner steigerte sich schliesslich derartig, dass es zu einem regelrechten Handgemenge zwischen den Nazi-Leuten und den Volksparteilern kam, in dessen Ver-

lauf die Kämpfer sich einander mit Aschenbechern bewarfen, während die zahlreich von den Hakenkreuzlern gestellten Tribünenbesucher lärmt und tobt. Die Ruhe konnte erst nach der Räumung der Tribünen und nach Unterbrechung der Sitzung mühsam wieder hergestellt werden.

Die Nazianträge wurden trotz der Terrorakte nicht angenommen, worauf der Sprecher der Hakenkreuzler erklärte, es gebe im Stadtrat so lange keine Ruhe mehr, bis der Polizeipräsident beseitigt und das Uniformverbot aufgehoben sei.

SPD. Bombay, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Polizei hat am Donnerstag ihre Aktion gegen den allindischen Kongress und die verbotenen Organisationen fortgesetzt. Nahezu 300 Kongressangestellte und Beamte wurden verhaftet. Unter ihnen befindet sich Acic Lalji, der Sekretär des bisherigen allindischen Kriegsrates. Die Zahl der seit Mittwoch Verurteilten hat sich auf 450 Personen erhöht.

SPD. London, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die gesamte englische Presse, jede Phase der innerdeutschen Entwicklung mit gespanntem Interesse verfolgend, berichtet am Donnerstag mit grosser Genugtuung von der Wiederwahl Löbes zum Reichstagspräsidenten. Ein erster harter Schlag gegen die Nationalsozialisten, eine erste Niederlage der deutschen Faschisten - das sind die Uberschriften.

Eine zweite, den Hitlerianern am gleichen Tage zuteil gewordene kräftige Lektion sieht die englische Presse in der Landtagsrede des preussischen Ministerpräsidenten. Die wichtigsten und schlagkräftigsten Sätze aus der Rede Otto Brauns werden beifällig wiedergegeben. Der Mut des preussischen Ministerpräsidenten findet ausserordentliche Anerkennung, und, wie seit Wochen, wird er auch jetzt wieder als das erprobteste Bollwerk und als die unerschütterlichste Säule der deutschen Republik und der deutschen Demokratie bezeichnet. Die "Times" ist in ihrem Leitartikel der Ansicht, Reichskanzler Brüning habe erfolgreich den gegen ihn in der ersten Reichstagssitzung geführten Angriff der Extremen, wie die hinter den Kulissen gegen das Kabinett geführten Manöver abgewehrt. Die offene taktische und die unautorisierte heimliche Obstruktion sei einstweilen erfolgreich zurückgewiesen. Gewaltige Schwierigkeiten seien jedoch noch zu überwinden, und es gelte jetzt für Hindenburg und Brüning, den Kampf um die Gesundung und Sanierung Deutschlands gegen die gewissenlose und unverantwortliche Politik und Agitation des Neo-Nationalismus der Völkischen und des Pseudo-Pazifismus der Kommunisten mutig fortzusetzen.

SPD. London, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die englische Arbeitslosigkeit ist trotz aller grossen Gegenmassnahmen der Labour-Regierung in den letzten Wochen um 15 000 auf 2 176 191 Personen gestiegen, ein deutlicher Beweis für die wirtschaftliche und ökonomische Lage des Landes. Sie hat Unsicherheit und Gegensätzlichkeiten auf der britischen Reichskonferenz über die Wirtschaftspolitik erzeugt, und die bürgerlichen Gegner der Arbeiterpartei und der Regierung suchen die ständig wachsende Arbeitslosenziffer mit allen demagogischen Mitteln auszubeuten. Nicht nur um Wähler zu fangen, sondern auch um die bürgerlichen Wirtschafts- und Profitinteressen zu fördern. Gegen die Arbeitslöhne namentlich im Bergbau hagelt es seit einigen Tagen Angriffe von allen Seiten und in allen Distrikten. Regierung und Gewerkschaften bereiten sich zur Abwehr vor.

Inzwischen verschärfen die konservativen Schutzzöllner ihre Kampagne und

Baldwin hat bereits sein Wahl- und Zollprogramm veröffentlicht. Es unterscheidet sich jedoch kaum von den alten konservativen Plänen zur Brot- und Lebensmittelveerteuerung, nur dass diesmal das konservative Ausplünderungsprogramm unter der Flagge des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs und der ökonomischen Gesundung segelt. Gleichzeitig soll aber dieses Programm die Gegner Baldwins innerhalb der konservativen Partei, die Anhänger der Imperiums-Zollidee, versöhnen, und den in den letzten Wochen breiter klaffenden Spalt in der konservativen Partei überbrücken. Baldwin hat sich aber verrechnet. Er unterschätzt die Machtgier der Zeitungskönige. Beaverbrook lacht und höhnt weiter und denkt nicht daran, den Kampf um die Führung in der konservativen Partei aufzugeben. Im liberalen Lager rührt es sich ebenfalls. Eine liberale Parteikonferenz, die am Donnerstag stattfand, zeigt, dass Lloyd George beginnt, seine Truppen neu zu sammeln und zu gruppieren. Die Liberalen schwören weiter auf die alte Freihandels-Idee und unabhängig von Rechts und Links glauben sie, am erfolgreichsten den Wahlkampf bestehen zu können. Einstweilen lebt jedoch noch die Arbeiterregierung. Sie weiss, dass die bürgerlichen Parteien jederzeit in der Lage sind, die Neuwahlen zu erzwingen und die Labour Party lässt sich deshalb nicht überrumpeln. Der Parteitag der vergangenen Woche war der beste Beweis dafür.

SPD. Dresden, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Sitzung des sächsischen Landtages wurde ein kommunistischer Antrag, der die Einstellung aller Reparationszahlungen fordert, mit 67 gegen 26 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Abgelehnt wurde ferner gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein sozialdemokratischer Antrag, im Sinne der von der Regierung Hermann Müller-Stresemann geführten Verständigungspolitik Verhandlungen zur Revision des Youngplanes einzuleiten. Sämtliche bürgerlichen Parteien mit Einschluss der Nationalsozialisten und der Kommunisten stimmten für die Ablehnung. Der sozialdemokratische Antrag, die Lasten auf die tragfähigen Schultern zu legen, wurde mit 47 gegen 46 Stimmen angenommen. Die Mehrheit bestand aus Sozialdemokraten, Kommunisten, den beiden Volksnationalen und dem Aufwertler Wallner, während sich die Nationalsozialisten auf der Gegenseite befanden. Angenommen wurde dann noch ein Eventualantrag der bürgerlichen Parteien und der Nationalsozialisten, in dem die Regierung aufgefordert wird, auf die Reichsregierung einzuwirken, damit Verhandlungen zur Revision des Youngplanes eingeleitet werden. Nach der Abstimmung gab der sozialdemokratische Abgeordnete Böchel eine Erklärung ab, in der es heisst :

"Wir haben den kommunistischen Antrag abgelehnt, weil aus ihm klar hervorgeht, dass in diesem Falle Deutschland in schwere wirtschaftliche und militärische Abenteuer hineingestürzt wird. Die Nationalsozialisten haben das gestern selbst zugegeben. Dass sie trotzdem dafür gestimmt haben, zeigt ihre ganze Verantwortungslosigkeit. Wir haben nach Ablehnung unseres Antrages dann für den Sammelantrag der bürgerlichen Parteien gestimmt, weil wir überzeugt sind, dass die Verhandlungen zur Revision des Youngplanes nur im Sinne der Verständigungspolitik geführt werden können."

SPD. Warschau 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein Teil der wegen des angeblichen Attentats-Planes gegen Pilsudski verhafteten Sozialisten ist wieder freigelassen worden, da die Polizei anscheinend selbst der Auffassung ist, dass sie mit ihrer "Enthüllung" gegen die Sozialisten in der Öffentlichkeit keinen Glauben findet. Die Pilsudskiregierung bleibt aber mit neuen Massnahmen zur Fesselung des Wahlkampfes nicht müde-

sig. Am Donnerstag wurde z.B. mitgeteilt, dass eine ganze Anzahl der in Brest-Litowsk gefangen gehaltenen Politiker, darunter die Sozialisten Dr. Liebermann und Pragier, eine Kandidatur zum neuen Sejm ablehnen. Diese Mitteilung erfolgte durch die Kriminalbehörden, da sonst niemand mit den Gefangenen in Berührung kommt. Sie erregt grösstes Aufsehen, weil keiner der Internierten vor der Verhaftung an einen Verzicht auf eine Kandidatur gedacht hat. Welche Mittel angewandt worden sind, um von den Gefangenen Verzichtserklärungen zu erhalten, weiss niemand. Die trübsten Vermutungen darüber liegen aber nahe.

SPD. Prag, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

In dem Städtchen Blumenau bei Prossnitz in Mähren wurde der Postmeister von einem 16jährigen kommunistischen Arbeiter mit der Hacke erschlagen. Der Kommunist beabsichtigte, die Postkasse auszurauben, und mit dem Gelde nach Sowjet-Russland zu fliehen. 5 Mitglieder des Aktionskomitees der Prossnitzer Kommunistischen Jugendorganisation, deren Obmann der Mörder war, wurden verhaftet, da sie mit ihm den Ueberfall verabredet hatten, um gemeinsam nach Moskau zu reisen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 16. Oktober (Eig. Bericht)

Dritte Sitzung des neuen Reichstages. Auf der Tagesordnung steht nur: "Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung." Um 3 Uhr erscheint der Reichskanzler mit allen seinen Ministerkollegen. Noch schmalere und noch bleicher geworden, steht er gleich darauf am Rednerpult und entfaltet sein Manuskript. Die Kommunisten versuchen eine Demonstration, aber nur wenige Mitglieder ihrer Fraktion rufen: "Hungerkanzler, Hungerkanzler! Abtreten!" Der Kanzler überhört die Störung und beginnt ruhig seine Vorlesung. Bis zum Schlusse spricht er kein freies Wort. Er hält sich streng an das Manuskript. Man merkt, dass jedes Wort abgewogen ist.

Die Nationalsozialisten verharren zunächst in Stillschweigen. Je länger die Rede aber dauert, umso unruhiger, ja stürmischer wird die äusserste Rechte. Als die aussenpolitischen Partien verlesen werden, überschreien sich die Nationalsozialisten und die Kommunisten gegenseitig an nationalistischen Zurufen. Der Fememörder Heines, offenbar ein schwerer Psychopath, gerät in ekstatische Zustände gegen den Reichswehrminister Dr. Groener. Auf seinen Parteifreund Goebbels hat dagegen der Anblick des Reichsaussenministers Dr. Curtius dieselbe Wirkung. Auch Goebbels wird von schweren Nervenattacken heimgesucht. Ein grosser Teil der nationalsozialistischen Fraktion übt sich jedoch in parlamentarischem Anstand. Es scheint, dass die Fraktion strengen Befehl hat, Disziplin zu halten, um sich in den Augen der benachbarten Grossfinanz und des Hochkapitalismus regierungstauglich zu zeigen.

Neues bringt Brüning's Rede nicht. Er unterstreicht die katastrophale wirtschaftliche Wirkung des Wahlausfalls, an dem er freilich selbst reichlich Mitschuld trägt. Einer Ausschussberatung der Notverordnungen des Reichspräsidenten widerspricht er nun nicht mehr. Immerhin ein taktischer Erfolg der Sozialdemokratie. Das Zentrum kann seinen ursprünglichen Wunsch, die Notverordnungen durch Diktat dem Reichstag aufzuzwingen, nicht mehr durchführen. Die Möglichkeit zu einer Verbesserung der Notverordnungen ist gegeben, wenn auch die Unvernunft der Kommunisten und das Gegenspiel der Nationalsozialisten positive Ausschussverhandlungen schwer machen wird. Ein Kernstück der Brüning'schen Rede ist die Betonung des Willens, das Preisgebäude zu erschüttern. Er will dazu keine dauernde Senkung der Reallöhne. Keine dauernde nur, Herr Brüning? Senkung der Reallöhne auch nicht für dauernd würde verhängnisvoll sein. Als der Kanzler Opfer auch von den Berufsbeamten fordert, widersprechen die Kommunisten und Nationalsozialisten, beide in gleicher Erregung. Die Nationalsozialisten fordern den Hinauswurf aller "Parteibuchbeamten", die Kommunisten nennen Stegerwald einen Hetzer gegen das Berufsbeamtentum. Mit grossem Stolz trägt der Kanzler vor, dass zum 1. Dezember eine Senkung der Kohlenpreise um 6 v.H. erreicht sei. In diesem Zusammenhange spricht der Reichskanzler von Zwangsmassnahmen für weitere Preissenkungen. An anderer Stelle beklagt er aber auch, dass die meisten Gehälter und Löhne durch Gesetze oder Tarife gebunden seien. Es scheint fast, dass der Kanzler auch hier Zwangsmassnahmen plant.

Mit besonderem Ernst behandelt Reichskanzler Dr. Brüning die landwirtschaftliche Not. Er kündigt Abwehr gegen Luxuseinfuhr an und verlangt, dass Brot von unserer eigenen Scholle gegessen werde. Wilde Auftritte gibt es bei den Ultrationalisten rechts und ganz links, als der Reichskanzler sagt, das wichtigste Ziel sei die Erlangung der nationalen Freiheit. Nazis und Kozis überbieten sich in wildem Patriotismus. Der Kommunist Torgler entrüstet sich: "Hitler schnorrt in England." Der Bierbass Strasser lässt sich vernehmen: "Mit Groener beschäftigt sich kein anständiger Mensch." Der Reichstagspräsident erteilt seinen ersten Ordnungsruf in die Bänke der Nationalsozialisten. Brüning wartet, bis der Lärm sich gelegt hat und fährt fort: "Eine Politik der aussenpolitischen Abenteuer lehnt die Reichsregierung ab." Bedeutungsvoller;

als wohl im Augenblick von vielen im Hause verstanden wird, ist Brüning's Bemerkung, dass erst im eigenen Hause finanzielle Ordnung geschaffen werden müsse, ehe der Weg zu einer Revision unserer Kriegslasten möglich sei.

Neue Stürme gibt es auf der Rechten, als der Kanzler von der Reichswehr Treue und Gehorsam für die Republik verlangt. Reichswehr und Republik! Als der Kanzler die beiden Worte positiv nebeneinandersetzt, gerät ein Teil der Nationalsozialisten wiederum in Nervenkrise. Mehrere Tobsüchtige, der Fememörder Heines voran, werfen der Regierungsbank wahre Schimpfkanonaden zu. Sie brechen in Hohngelächter aus, als der Kanzler in einem weiteren Satz beteuert, dass die Reichsregierung alles tun werde, um im Rahmen des Versailler Vertrages die Reichswehr für die Landesverteidigung schlagkräftig zu halten. Der Reichskanzler schliesst, und nun erhebt sich seine schwache Stimme und die schwächliche Gestalt scheint zu wachsen, mit der Forderung an Reichstag und Parteien, sich der grossen geschichtlichen Aufgaben gewachsen zu zeigen. Opfer des ganzen Volkes müssten den Weg zu Freiheit und Aufstieg bahnen.

Lärm bei den Nationalsozialisten und Kommunisten, Beifallklatschen im Zentrum. Schweigen bei der Sozialdemokratie, bei der Deutschen Volkspartei und bei der Wirtschaftspartei. So ist die Aufnahme der Kanzlerrede. So ist die politische Lage. Es gibt in der Sitzung noch eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Dann beraten die Fraktionen.

SPD. Der Reichstagsabgeordnete der Staatspartei Dr. Koch-Weser wird am Sonnabend, nach der entscheidenden Abstimmung über die gegen das Kabinett Brüning vorliegenden Misstrauensanträge, sein Mandat niederlegen.

Dieser Schritt des Reichstagsabgeordneten Dr. Koch und Mitbegründers der Demokratischen Partei sowie der Staatspartei ist nicht ganz freiwillig erfolgt. Seit Wochen haben weite Kreise der Mitgliedschaft der Demokratischen Partei zunächst den Rücktritt Kochs von der Leitung der Staatspartei gefordert. Als die Volksnationale Vereinigung der Staatspartei dann den Rücken kehrte, zog Koch die Konsequenzen und trat von der Führung der Staatspartei zurück. Unterdessen wurde der Sturm gegen ihn immer heftiger. Er führte dazu, dass Koch in letzter Zeit weder im Parteivorstand noch im Parteiausschuss der Demokratischen Partei nicht mehr die geringste Stütze hatte. Vom obersten Führer bis zum letzten Funktionär herrschte die Überzeugung vor, dass Koch aus dem Zusammenbruch der Staatspartei, deren Gründung er über den Kopf der massgebenden Parteiinstanzen hinweg einging, die Konsequenzen ziehen müsse. Diese Auffassung kam in der Donnerstag-Sitzung des Parteivorstandes der Demokraten wiederum eindeutig zum Ausdruck. Daraufhin verzichtete Koch auf sein Mandat. Er geht in die Wüste als Opfer einer Politik, die sicherlich gut gemeint war, aber sich in der Praxis zum Schaden der Demokratischen Partei ausgewirkt hat.

SPD. Paris, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)
Die französischen Winzerverbände sind am Donnerstag von mehreren Seiten zugleich gegen die Regierung zum Angriff vorgegangen.

Vor kurzem hatten die südfranzösischen Winzer aus der Gegend von Perpignan und Narbonne unter der Drohung mit dem Steuerstreik gefordert, dass die Regierung die Anlegung neuer Weinberge durch prohibitive Steuern verhindere und gleichzeitig die Einfuhr algerischen Weines unterbinde. Am Donnerstag protestierten die Winzerverbände von Mittel- und Westfrankreich gegen diese Forderungen, die nichts anderes bedeuteten als die Einrichtung eines unzulässigen Privatmonopols für die augenblicklichen Besitzer. Die Regierung selbst scheint zunächst den Südfranzosen Versprechungen gemacht zu haben, die ihrer Zahl nach stärker sind. Der Protest der Mittel- und Westfranzosen ist aber auch nicht leicht zu nehmen, denn zu ihnen gehören die einflussreichen Weinbergbesitzer von Bordeaux.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 16. Okt. 1930 (Eig. Ber.)
Der preussische Landtag lehnte am Donnerstag mit einer überraschend grossen Mehrheit von 35 Stimmen - 233 gegen 198 - die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Otto Braun ab.

Die aussergewöhnlich grosse Mehrheit - an sich ist das Stärkeverhältnis zwischen Regierungsparteien und Opposition im Preussischen Landtag 230 gegen 220 - erklärt sich zunächst daraus, dass die Regierungsparteien vollzählig anwesend waren. Bei der Sozialdemokratie und beim Zentrum fehlte niemand, bei den Demokraten nur ein Schwerkranker. Dann schlossen sich den Regierungsparteien die drei Abgeordneten des Evangelischen Volksdienstes an. Aber all das ergibt noch nicht die Zahl von 233 Stimmen. Erst das Abstimmungsprotokoll wird zeigen, wieviel Kommunisten den Verstand gehabt haben zu begreifen, dass es das denkbar grösste Verbrechen an der Arbeiterklasse wäre, das Kabinett Otto Braun zu stürzen, um der Reaktion in Preussen zur Herrschaft zu verhelfen. Selbstverständlich werden diese vernunftbegabten Kommunisten in grossem Bogen aus der Moskowiter-Partei hinausfliegen. Aber das ändert nichts daran, dass sie die einzigen wirklichen Arbeitervertreter unter den Kommunisten sind.

Jedenfalls hat die Abstimmung gezeigt, dass das Kabinett Braun in Preussen fest im Sattel sitzt. Nur extremste Krisen im Reich könnten seinen Bestand erschüttern. Das bewies auch in der fortgesetzten Debatte über die Anträge auf Landtagsauflösung eine aussergewöhnlich geschickte und klare Rede des Zentrumsführers Dr. Hess. Er gab bekannt, dass der Vorstand der preussischen Zentrumspartei einstimmig beschlossen hat, an der jetzigen Regierung in Preussen als einem Hort der Sicherheit und Klarheit festzuhalten. Jeder Feind der demokratischen Republik werde auf den geschlossenen Widerstand des deutschen Zentrums stossen, und wer Deutschland mit Italien vergleiche, solle nicht übersehen, dass das deutsche Zentrum eine andere Macht darstelle und einen anderen Geist habe, als die Katholikenpartei in Italien, die Popolari, beim Marsch Mussolinis auf Rom. Zu den Drohungen der Nationalsozialisten gegen das Kabinett Brüning sprach Hess nur den einen bedeutsamen Satz: Jeder Angriff gegen Brüning ist ein Angriff auf die deutsche Zentrumspartei. Im übrigen versicherte er den Nationalsozialisten, dass das Zentrum ihr Wachstum mit kühler Gelassenheit ansehe. Das deutsche Zentrum sei schon mit ganz anderen Situationen und Menschen fertig geworden.

Von den Regierungsparteien sprach dann noch der demokratische Abgeordnete Riedel, der ein nettes Charakterbild des nationalsozialistischen Abgeordneten und Führers in Preussen Kube zeichnete. Er wies an der Hand von Dokumenten nach, dass Kube lediglich um eines Mandats und der Diäten willen, die Völkische Partei, der er angehörte, verlassen hat und zu den Nationalsozialisten übergegangen ist.

Die übrige Sitzung füllten stundenlange Reden der Oppositionsparteien, wobei Landvolk und Wirtschaftspartei mit der Deutschen Volkspartei wetteiferten, die Nationalsozialisten an blöden hurrapatriotischen Phrasen zu übertreffen. - Die Debatte geht am Freitag weiter. Aber die Abstimmungen werden wahrscheinlich auf die nächste Woche verschoben. Die Oppositionsparteien haben es nach dem Reinfall vom Donnerstag mit Abstimmungen nicht mehr so eilig wie vorher.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Kofferträger Stauss.

SPD. Ritter von Stauss, Direktor der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft, Mitglied des Reichstags für die Deutsche Volkspartei, hat sich mit Herrn Hitler intim gemacht. Es hat ihm die Idee vorgeschwebt, dass man den immer geldbedürftigen Herrn Hitler der Grossfinanz dienstbar machen könne. Der Ritter von Stauss kennt aus den Zeiten seines sozialen Aufstiegs und seiner Reisen mit Artur Gwinner her derartige Dienstbereitschaftsverhältnisse sehr genau. Heute fühlt er sich als Dienstherr und hat Herrn Hitler bereits in der Rolle seines Kofferträgers gesehen.

Der Ritter von Stauss ist der eigentliche Vater der Kandidatur des Herrn Scholz für den Posten des Reichstagspräsidenten gewesen. Sein Einfluss in der Fraktion der Deutschen Volkspartei hat über die Entrüstung von Kahl den Sieg davongetragen. Wo die Bankfürsten zu Hause sind, geht die bürgerliche liberale Ideologie und Anständigkeit zum Teufel. Der Ritter von Stauss hat beim Frühstück die Sache mit Hitler besprochen und Herr Scholz, dessen Eitelkeit nicht zu übertreffen ist, hat sich zum Werkzeug hergegeben.

Der Ritter von Stauss hat Herrn Hitler jedoch erheblich unterschätzt. Er hat von Hitler bereits die Quittung für das gemeinsame Frühstück und die gemeinsame politische Operation erhalten. Die Quittung besteht in folgendem Antrag, den die Hakenkreuzler laut "Völkischen Beobachter" im Reichstag einbringen wollen:

"Der Reichstag wolle beschliessen: Das gesamte Vermögen der Bank- und Börsenfürsten wird zum Wohle der Allgemeinheit des deutschen Volkes entschädigungslos enteignet. Alle Grossbanken, einschliesslich der sogenannten Reichsbank sind ungesäumt in staatlichen Besitz zu überführen."

Das ist das Ergebnis des gemeinsamen Frühstücks, das der Ritter von Stauss Herrn Hitler gegeben hat. So wird man sich in der Direktion der Deutschen Bank die Folgen der Intimität mit Herrn Hitler schwerlich vorgestellt haben. Guten Appetit Herr Ritter von Stauss! Es scheint uns, dass nicht Herr Hitler, sondern dass Sie der Kofferträger sind. Wir wissen ja auch, dass Ihnen aus Ihrer bürgerlichen Vergangenheit her die Rolle des Kofferträgers nicht ganz unbekannt ist. Sie bleiben als Ritter von Stauss und Frühstückspartner von Hitler eben doch immer der, der Sie waren!

3 000 Dollar für Hitler.

Nach zuverlässigen Mitteilungen des Organ des Herrn Otto Strasser hat Hitler für seine Interviews in der Hearst-Presse 3 000 Dollar erhalten. - Pro Wort einen Dollar. Wenn Hitler die schönen Worte und oder aber gebracht, so kostet das jedesmal 4,20 Mark.

3 000 Dollar sind rund 12 000 Mark. Herr Hitler hat es nötig. Man schätzt seinen monatlichen Geldbedarf auf etwa 4 000 Mark, also kann er mit dem Ertrag dieser Interviews sein gewohntes Leben drei Monate lang finanzieren: Riesenwohnung in München, eine Villa in Berchtesgaden, teure Freundinnen und noch teurere Autos, die ständig zwischen München und Berchtesgaden hin und herpendeln und noch dazu die Kosten für den Schutzengel. Herr Hitler ist nämlich etwas ängstlicher Natur, er hat deswegen einen früheren Preisboxer für 400 Mark im Monat engagiert, der die Aufgabe hat, ihn auf Schritt und Tritt zu bewachen.

3 000 Dollar sind bei solchen Ansprüchen nur ein Tropfen auf einen heissen Stein. Es fragt sich, wie Herr Hitler ohne die Dollars von Hearst seinen Lebenswandel finanziert!

Das Paradies ist schon da.

In Coburg auf der Veste sitzt der Exherzog Karl Eduard, Herzog von Albany, Graf von Clarence, Grossbritannische Königliche Hoheit, Mitglied der Reichsführung des Stahlhelms. Er hat mit grossem Prunk seine Silberhochzeit gefeiert, und seine Residenzstadt Coburg hat dazu festlich geflaggt. Coburg ist bayerisch geworden - aber wo blieb die weissblaue Fahne? Wenn das amtliche Bayern am Verfassungstag flaggt, ist von schwarzrotgold nichts zu sehen. In Coburg ist man schon einen Schritt weiter: da geht es der weissblauen bayerischen Fahne wie der schwarzrotgoldenen. Die braven Spiessbürger von Coburg zeigten die grünweisse Herzogfahne, die Hakenkreuzflagge und schwarzweissrot. So war alles in Ordnung. Die Nazis im Stadtrat, der Herzog, der sich schon als künftiger Grossherzog von Thüringen fühlt, auf der Veste, die herzoglichen Farben in den Strassen der Stadt, dazu der Servilismus der Spiessbürger - das Dritte Reich ist in Coburg eigentlich schon da.

Der Mensch ist dumm.

Wenn wir ein Preisausschreiben über die Frage veranstalten wollten, wer am schönsten lügen kann, so würde die allgemeine Stimme sicherlich den Hakenkreuzlern den Preis zuerkennen - trotz der Kommunisten. Wir würden jedoch dann in der Lage sein, der allgemeinen Stimme widersprechen zu müssen. Sie irrt sich. Im Augenblick gehört der Preis für die grösste Lüge einem deutschnationalen Blatt, der "Münchener Augsburger Abendzeitung" des Herrn Hugenberg. Sie ist fuchsteufelswild auf die Bayerische Volkspartei und behauptet nun, dass diese Partei eigentlich sozialdemokratisch, ja sogar bolschewistisch sei. Sie beweist es auch. Und hier sind die Beweise.

1.) Nach der Räteherrschaft habe man in München einen Zettel gefunden, aus dem hervorging, dass die Entente 164 Millionen Friedensmark für die Organisation der Revolution in Deutschland bezahlt habe. Die Bayerische Volkspartei habe alle Nachforschungen nach den Beteiligten sofort verhindert.

2.) "Man hört immer wieder von Wallfahrern und Einheimischen in Altötting erzählen, dass sich Rosa Luxemburg, die mit Eisner und Liebknecht die Revolution entfesselte, mehrere Monate lang sorglich behütet in Altötting aufgehalten hat."

Da kommt keiner mehr mit! Es sei denn, dass man die Hugenberg-Behauptung, dass Rosa Luxemburg in Altötting in Bayern von den bayerischen Schwarzen auf die Revolution präpariert worden sei, aus Konkurrenzneid von der Hakenkreuzpresse durch die Erzählung übertrumpft wird, Karl Radek habe im Jahre 1918 im Solde des Papstes gestanden.

So etwas wird nicht nur erzählt, sondern auch gedruckt, und die Leute, die es drucken lassen, haben in Deutschland zusammen fast 9 Millionen Dumme gefunden!

Stellungsgesuche.

Aus dem Völkischen Beobachter: "Syndikus, Dr. rer. pol., Redner, ungekündigt, wünscht NSDAP Gaugeschäftsführung." - Vom Unternehmersyndikus zum Hakenkreuzgausekretär!

"Offizier a.D., 35 Jahre alt, SA-Mann, sucht lukrativen Vertrauensposten." - Er möchte auch ein Kleinmogul werden!

Aus aller Welt

Das Herz in der Nazihose.

Berliner Nationalsozialisten vor dem Schnellrichter - Seemann auf grosser Fahrt - Wie schön ist doch die Lichtreklame! - Der "Fund" auf dem Potsdamer Platz - Ein hinterhältiger Steinschütze - Verdiente Gefängnisstrafen. -

SPD. Vor dem Schnellgericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte hatten sich am Donnerstag wieder mehrere nationalsozialistische Schaufensterhelden zu verantworten. Die Verhandlungen wurden einzeln geführt. Sie gaben ein plastisches Bild von der Verlotterung der Strauchritter, die mit Schottersteinen, zerbrochenem Fensterglas und indianermässigem Heilgeschrei das Dritte Reich propagieren. Die Naziführer möchten den rassereinen Mob gern von sich abschütteln; die Mühe ist umsonst-. Das Gesindel sitzt den 107 auf dem Nacken.

Vom Goebbels haben sie's gelernt.... - das Sich-drücken nämlich. So etwas von Feigheit ist überhaupt noch nicht dagewesen. Da steht oder schlottert vielmehr beispielsweise ein 21jähriger sehr vermickert und unsympathisch aussehender Bursche; man hat den Eindruck, als ob er aus einem Ausverkauf in der Münzstrasse stammen würde. Dieser feine Herrchen, ingeschriebener Nationalsozialist und Ritter der heiligen SA, behauptet "Seemann" zu sein, ohne dass er das freilich durch Papiere belegen kann. Jedenfalls fand er sich, um einmal im Bilde zu bleiben, bei hohem politischen Seegang gegen 11 Uhr abends auf dem Potsdamer Platz ein, schrie wie besessen "Heil Hitler" und "Juda verrecke!" und wurde dabei gefasst, wie er mit einem eisernen Schraubbolzen in der Hand auf ihm nicht genehme Passanten einhieb. Die Polizei kam und nahm den "Seemann" fest.

Natürlich ist der Seeheld unschuldig wie ein neugeborenes Kind. Nur zufällig will er auf den Potsdamer Platz gekommen sein und eigentlich nur, wie er angibt, um sich die Lichtreklame zu besehen. Den Schraubbolzen hat er natürlich gefunden -, bekanntlich liegt so etwas auf öffentlichen Plätzen in Massen herum. Und was das "Heil Hitler" und "Juda verrecke" anbetrifft, so hat er es nur krass privat in seinen noch nicht vorhandenen Bart geflüstert. Gehauen hat er nicht - es waren sozusagen väterliche Ermahnungen, denen er mit dem Schraubbolzen ein wenig Nachdruck verleihen wollte. Kurzum, der "Seemann" korrigierte nur auf ganz dezente Art die politische Gesinnung seiner Mitmenschen. Der Gipfel der Frechheit ist, dass dieser Lümmel auch noch die Polizei anklagt, ihn etwas unsanft mit dem Gummiknüppel bearbeitet zu haben. Der Staatsanwalt beantragt vier Monate zwei Wochen Gefängnis, der Einzelrichter erhebt diesen Antrag zum Beschluss. Was aber das Merkwürdige an diesem Urteil ist: der rasende Seemann mit dem Schraubbolzen wird nicht in Haft genommen, sondern darf sich weiter seiner Hauptbetätigung widmen, nämlich der, am Potsdamer Platz "der Lichtreklame wegen" mit Schraubbolzen und "Juda verrecke" den Segen des Dritten Reiches auszustreuen...

Ein anderer hat sich zu verantworten, der gerade bei einem Steinbombardement gegen die Schutzpolizei gefasst wurde. Der Tatbestand ist sonnenklar, drei Beamte haben den Bengel gesehen, wie er sich von hinten an die Polizisten heranschlich und ihnen Schottersteine in den Rücken warf. Als man ihn fassen wollte, leistete er heftigsten Widerstand, beschimpfte die Beamten aufs Unflätigste und musste förmlich zum Revier getragen werden. Vor dem Schnellrichter ist er ganz klein und möchte am liebsten die Milch der frommen Denkkungsart literweise aus-

giessen. Man verurteilt den hoffnungsvollen Knaben von etwa 20 Jahren zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis, aber man vergisst auch hier wieder, ihn in Haft zu nehmen.

+

Ein 41jähriger Nazi kann sich manchmal ebenso lämmelhaft wie ein 21jähriger "Seemann" mit einem Schraubbolzen benehmen. Nachts um 12 Uhr kam der Herr, den das Gericht betrachtet, ebenso alkoholisch wie stramm nationalsozialistisch animiert, über den Potsdamer Platz und versuchte so etwas wie politische Ansprachen zu halten. Er betzte die Menge gegen die Beamten auf, rief mit dröhnendem Bierbass, dass man verschiedene Leute an den Galgen hängen müsse und wurde schliesslich so renitent, dass die Polizei zu seiner Festnahme schreiten musste. Hierbei schimpfte er weiter und benahm sich, alles in allem, so unglaublich, wie sich eben nur unentwegte Hakenkreuzmänner zu benehmen pflegen. Diese Zierde der Hitlerfakultät hat sich gleich zwei Verteidiger mitgebracht. Man merkt bei der Vernehmung, wie sehr den Antihelden das national-revolutionäre Herz in die Hosentaschen gefallen ist. Auch dieser Nationalsozialist erhält zur Abkühlung eine kürzere Gefängnisstrafe.

+

Fazit: sie sind so lange Helden und machen so lange Krawall und Stunk, bis einmal fest zugepackt wird. Hat sie dann die republikanische Staatsgewalt am Kragen, so fangen sie zu winseln an und werden weich wie Butter. Noch niemals sah man vor Gericht politische Angeklagte in so jämmerlicher Weise die Unschuld neugeborener Knäblein mimen. Die Führer und die Verführten - sie sind einander wert!

K.

+ + +

Dreifacher Elektrotod. In der amerikanischen Stadt Pine Bluff (Arkansas) berührte der 16jährige Eulas Long beim Bau einer Antenne mit dem Kupferdraht die Hochspannungsleitung und wurde getötet. Der anwesende Freund und der Bruder des Unglücklichen bürsteten ebenfalls ihr Leben ein, als sie den brennenden Körper vom Draht loszulösen suchten.

+ + +

Hungerstreik im Wartesaal. Als Protest gegen ihre Entlassung haben 200 Strassenfeger in Mexiko-City einen Hungerstreik begonnen, den sie im Wartesaal des dortigen Rathauses bis zu ihrer Wiedereinstellung durchführen wollen.

+ + +

Ein neuer Robinson. Auf einer kleinen Insel, 200 Seemeilen östlich Portorico, wurde der Spanier Dr. Franceshi Caballero aufgefunden, der im Juli 1927 den Versuch machte, von der spanischen Stadt Cadiz nach Portorico in einem kleinen Segelboot zu fahren und seitdem verschollen war. Kurz vor seinem Ziel hatte Caballero Schiffbruch erlitten und lebte nun seit dieser Zeit ganz allein auf der entlegenen Insel.

+ + +

Grauenhafter Freitod. Der zweifache Mörder Anthony Mortelito entzog sich im Zuchthaus Sing Sing (New York) der Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl, indem er sich in der Nacht vor der Exekution die Pulsadern durchbiss.

+ + +

Verurteilter Rechtsanwalt. Das Schöffengericht in Altona verurteilte Rechtsanwalt Hinrichs-Altona, der eine seiner Klientinnen um 5 000 Mark geprellt hat, zu zwei Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre.

+ + +

Festgenommene Einbrecherbande. Von Beamten der Berliner Kriminalpolizei wurden nach umfangreichen Ermittlungen in Waidmannslust bei Berlin fast sämtliche Mitglieder der unter dem Namen "Schrecken des Konfektionsviertels" bekannten und gefürchteten Einbrecherkolonne verhaftet. Der Bande, die sich besonders für Pelze, Stoffe und Seiden "interessierte", sind fast alle grossen Konfektionseinbrüche der letzten Zeit aufs Konto zu schreiben. Wie man seit längerer Zeit wusste, machte der Häuptling, seine Inspektionsreisen in einem Ford-Auto. Dieses Auto wurde ihm schliesslich zum Verhängnis und zum Verrat. In Waidmannslust bei Berlin, wo die Kolonne verhaftet wurde, hatten sich die Verbrecher eine Art "Heim" und gleichzeitig Beutelager eingerichtet. Indes fand sich von dem gestohlenen Gute nur noch ein geringer Teil vor.

+ + +
Ein Weisses Indianerhäuptling! Zum ersten Mal in der Geschichte der Yaqui-Indianer im USA-Bundesstaate Sonora hat sich der Stamm einen weissen Mann als "Cobánahui" oder Stammeshäuptling erkoren. Die Wahl fiel einstimmig auf Jose Limon, einen früheren Autodroschenchauffeur, der lange mit den Yaquis in den Bergen gelebt und sich mit ihren Volkssitten befreundet hatte. Die Stammesältesten versprechen sich mit sicherem Instinkt von der Wahl Limons eine Ausgleichung der seit vielen Jahren bestehenden bitteren Gegensätze zwischen der Bundesregierung und den Yaquis.

+ + +
Nachtbummel wird bestraft. Die städtische Verwaltung von Veracruz hat eine grossartige Lösung zur Bekämpfung des Nachtlebens und gleichzeitig zur Förderung des Baus nahe gelegener Landstrassen gefunden. Alle Personen, die auf den Strassen in später Nachtstunde erwischt werden, werden kurzerhand einem Trupp Zwangsarbeiter eingereiht und ohne Vergütung am Landstrassenbau zwischen Veracruz und Roca de Rio beschäftigt. Diese neuartige Methode der Arbeitswerbung hat zur völligen Unterbindung des Besuchs der Theater, Restaurants und Tanzhallen in den Abendstunden geführt.

+ + +
Werkspionage? Verhaftet wurden drei Angestellte des Magdeburger Krupp-Gruson-Werkes, in deren Wohnungen von Beamten der Kriminalpolizei zahlreiche Zeichnungen von Werkspatenten gefunden wurden, deren Verrat die Firma enorm geschädigt haben würde. Man nimmt an, dass die Verhafteten die Absicht hatten, die betreffenden Zeichnungen nach Russland zu verkaufen, wohin der eine der Beschuldigten am 1. November als Ingenieur übersiedeln wollte.

+ + +
Brudermord. In Wilhelmsau bei Bielitz (Schlesien) erschlugen aus noch nicht ganz aufgeklärten Motiven drei Gutsbesitzerssöhne ihren eigenen Bruder mit einer Eisenstange.

+ + +
Verurteilte Falschspieler. Im Falschspielerprozess Blümel und Genossen, der wochenlang eine Spezialabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte beschäftigte, wurde der Hauptangeklagte Blümel wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges und Abhaltung verbotenen Glücksspieles zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe verurteilt, der Angeklagte Neumann zu sechs Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Goldschmidt zu neun Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe usw. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung wird es als erwiesen angesehen, dass Blümel und Goldschmidt Falschspielerkolonnen organisiert hatten, die im ganzen Reich mit falschen Würfeln und präparierten Karten "arbeiteten", wobei zahlreiche ahnungslose Spielteilnehmer gründlich übers Ohr gehauen wurden.

+ + +
Kongress der Köche. Zurzeit tagt in Paris ein Kongress der Köche, an dem 40 Delegierte aus 13 verschiedenen Ländern teilnehmen. Gegenstand der Beratung bilden hauptsächlich soziale Fragen, wie Löhne, Arbeitslosigkeit, Sozialversicherung und Lehrlingsausbildung.

Mörd um eine 15-Jährige. In Frankfurt/Main streckte der 25jährige Gärtner Möser seine Frau durch sechs Revolverschüsse nieder. Die Niedergeschossene wurde in sterbendem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert. Der Täter konnte verhaftet werden. Die Frau des Gärtners hatte ihrem Mann wegen eines Liebesverhältnisses, das er mit einem 15jährigen Mädchen unterhielt, schwere Vorwürfe gemacht. In einem Wutanfall hat daraufhin der Gärtner zur Waffe gegriffen und auf seine Frau geschossen.

+ + +
Gericht über einen Pfarrer. Das oberste Kirchengericht in Dresden verurteilte den Pfarrer Bitterlich in Freiburg/Sa. zur Dienstentlassung. Bitterlich hatte grosse Summen aus der Kirchenkasse unterschlagen und war deshalb im Gerichtsverfahren zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden.

+ + +
Freitod eines Arztes. In Wyk auf Föhr hat sich der Inhaber und Leiter eines grossen Kindersanatoriums Dr. Edel das Leben genommen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten sind das Motiv der Tat.

+ + +
Verhaftungen im Mordfall Diamond. In New York sind drei Personen unter dem Verdacht verhaftet worden, den Mordüberfall auf den Alkoholkönig Diamond ausgeführt zu haben. Unter ihnen ist auch ein Deutscher namens Schulz, der allgemein als wütender Gegner des Alkoholschmugglers gilt.

+ + +
Schusslustiger Polizist. Grosse Empörung hat in Paris der Freispruch eines brutalen Polizeiinspektors hervorgerufen, der bei der Verhaftung eines Ausgewiesenen kurzer Hand zur Waffe griff und infolge Ungeschicklichkeit den Unglücklichen erschoss. Der Polizeiinspektor, dessen Verteidigung einer der ersten Rechtsanwälte übernommen hatte, machte im Laufe der Verhandlung geltend, dass sein Opfer ihn auf die Hand, in der er den Revolver hielt, geschlagen habe und dass infolgedessen der Schuss losgegangen sei. Obwohl diese Darstellung durch zahlreiche Zeugenaussagen widerlegt wurde, ist dem revolvertuchtigen Polizeibeamten vom Gericht geglaubt worden.

+ + +
Freitod aus Strafangst. Zwei Breslauer Automobilisten haben aus Angst vor zu erwartender Strafe Selbstmord verübt. Beide sollten sich demnächst vor Gericht unter der Anklage fahrlässiger Tötung verantworten. Sie hatten mit ihrem Wagen Passanten überfahren und sie, in der Hoffnung, nicht erkannt zu werden, hilflos liegen lassen. Der eine der beiden Selbstmörder nahm auch seine Freundin mit in den Tod.

+ + +
Festnahme des Siemensdiebes. Von Beamten der Berliner Kriminalpolizei wurde der berüchtigte Juweliendieb Fritz Bachnick, auf dessen Schuldkonto etwa 70 bis 80 Diebstähle kommen, festgenommen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist Bachnick auch identisch mit jenem Einbrecher, der am 11. August dieses Jahres die Berliner Wohnung des Generaldirektor von Siemens, des Präsidenten des Verwaltungsrats der Reichseisenbahn, mit seinem Besuche beehrt hatte. Während Frau von Siemens bei ihrem Vater weilte, dem Zoodirektor Heck, der an diesem Tage seinen 70. Geburtstag feierte, sprach Bachnick in der Villa von Siemens vor, gab sich für einen städtischen Beamten aus und behauptete, mit der Revision der elektrischen Leitungen des Hauses beauftragt zu sein. Man liess Bachnick vertrauensselig "arbeiten": er öffnete in dem Ankleideraum der Frau von Siemens einen verschlossenen Schrank mit einem Dietrich und liess dann einen grösseren Juwelienschatz mitgehen. Bachnick konnte damals nicht gefasst werden, zumal er sich stets einer bescheidenen und unauffälligen Lebensführung befleissigte. Auch diesmal ist seine Verhaftung nur deshalb gelungen, weil er auf frischer Tat ertappt werden konnte.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Nur nicht genieren!

Unternehmer und Arbeitszeit.

SPD. Der Kapitalismus steckt in der Sackgasse. Er hat die Massenarbeitslosigkeit auf dem Gewissen. Dem weiterblickenden Teil des Unternehmertums ist deshalb etwas unheimlich zumute. Er sieht weiter als die kurzsichtigen Scharfmacher, die sich an der Vorstellung berauschen, in einem durch die Massennot schliesslich herbeigeführten Aufruhr mit faschistischen Mitteln das alte Regime in Deutschland wieder aufzurichten zu können. Die klügeren Elemente des Unternehmertums fühlen nur zu gut, dass die Arbeitslosenfrage für den Kapitalismus zur Schicksalsfrage werden muss, wenn nicht eine Linderung des Elends eintritt. Sie wissen, dass mit den ewigen Beteuerungen, der Kapitalismus sei besser als sein Ruf, heute kein Hund mehr hinter dem Ofen hervorgeholt werden kann. Sie wissen auch, dass die Versicherungen der Unternehmerpresse, das Kapital werde schon die Arbeitslosennot beheben, wenn man es nur in Ruhe lasse und nicht durch Gewerkschaftspolitik irritiere, heute in den breiten Massen kein rechtes Echo mehr finden. Kein Wunder daher, dass zur Zeit im Unternehmerlager bei der Debatte über die von den Volksmassen stürmisch geforderten Hilfsmassnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit eine auffallende Unsicherheit bemerkbar macht. Besonders deutlich zeigt sich das in der Frage der Arbeitszeitverkürzung.

Gesetzlicher Zwang und kollektive (tarifvertragliche) Bindungen einer Arbeitszeitverkürzung werden vom Unternehmertum mit scharfen Worten zurückgewiesen. Der Spitzenverband der Arbeitgeberverbände macht scharf gegen eine "schematische oder generelle Verkürzung der Arbeitszeit" Front. Nur für Ausnahmefälle will er eine solche Verkürzung zulassen; er meint, sie sei lediglich betriebsindividuell nach Massgabe der jeweiligen betriebs- und produktionstechnischen Bedingungen des einzelnen Betriebs diskutierbar. Die Arbeitszeitverkürzung müsse also dem einzelnen Betrieb überlassen werden. Interessanter als die offizielle Erklärung der Arbeitgeberverbände ist jedoch der Kommentar, den sie und ihre Presse zu ihrer grundsätzlichen Stellungnahme geben. Darin heisst es z.B. nach der "Kölnischen Zeitung": "Wir halten es für selbstverständlich, dass jeder Unternehmer sich gewissenhaft überlegt, ob sich eine Arbeitszeitverkürzung in seinem Betrieb und damit ein Verzicht auf weitere Entlassungen und vielleicht gar die Wiedereinstellung von arbeitslosen Kräften ohne erhebliche Mehrkosten ermöglichen lässt". Dieser Appell an das Gewissen der Unternehmer ist immerhin beachtenswert. Dass er durch allerhand Bedenken und Zweifel wieder abgeschwächt wird nimmt weiter nicht Wunder; denn einstweilen haben wir es nur mit ersten Versuchen zu tun, die bittere Medizin der Arbeitszeitverkürzung dem einzelnen Arbeitgeber etwas schmackhaft zu machen. Es fällt dem deutschen Unternehmertum schrecklich schwer, zu begreifen, dass es mit der bisherigen nunmehr fast blödsinnig und stumpfsinnig gewordenen Methode, nur auf Kosten der Arbeiter die Wirtschaftskrise zu beheben, nicht weiter gehen kann. Aber es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als die bittere Medizin zu schlucken. All seine Hinweise auf die mit der Arbeitszeitverkürzung zweifellos verbundenen betriebstechnischen Schwierigkeiten, Betriebsunkosten und indirekten Mehrausgaben in sozialen Aufwendungen, in der Arbeitsaufsicht usw. überzeugen nicht. Die Herren Unternehmer müssen eben auch ihren Kopf etwas anstrengen, um die mit der Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozess durch Verkürzung der Arbeitszeit

entstehenden Kosten soweit wie möglich zu mildern. Rationalisieren nur auf Kosten der Arbeiter ist keine Kunst. Das Unternehmertum muss jetzt auch einmal zeigen, dass es auch im Interesse einer brennenden Frage, wie sie die Arbeitszeitverkürzung ist, rationell wirtschaften, Unkosten senken und - Opfer bringen kann.

Die Idee der Arbeitszeitverkürzung - nicht als Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit, wohl aber als sehr beachtenswerte Hilfsmassnahme - ist in den Massen lebendig geworden. Sie ist nicht mehr umzubringen. Ueberall im Lande, bei den Arbeitern und bei den Arbeitgebern wird sie erörtert. Auch der kleine Arbeitgeber in der Kleinstadt erkennt, dass etwas im Anzuge ist, dass die Arbeitszeitverkürzung in irgend einer Form kommen muss, weil für die durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte wieder Brot und Arbeit geschaffen werden müssen. Die klügeren Köpfe des Unternehmertums, des kleinen wie des grossen erkennen, dass der Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung etwas Unnatürliches und Ungesundes ist. Wenn die Unternehmer keinen gesetzlichen Zwang wollen, dann sollen sie selbst irgend einen gangbaren Weg der Arbeitszeitverkürzung vorschlagen; denn sie betonen doch in der Presse, dass sie es für richtig halten, wenn von den Wirtschaftsverbänden und insbesondere von den auch in Einzelfragen sachverständigen Fachverbänden alle Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung zum Zweck der Arbeitsstreckung erwogen und den Mitgliedern zur Beherzigung empfohlen werden.

Dass die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeitverkürzung den Lohnausgleich fordern, versteht sich von selbst. Schliesslich vertreten sie doch die Interessen der Arbeiter und nicht der Unternehmer. Damit haben aber die Gewerkschaften das Problem nicht unlösbar gemacht. Sie haben, wie die Entschliessungen des ADGB zeigen, Mittel und Wege gewiesen, die jedenfalls endlich einmal von der andern Seite gewürdigt werden müssen. Die Unternehmer werden sich, ob sie wollen oder nicht, mit der Forderung der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit vertraut machen müssen. Nur nicht genieren!

SPD. Die Geschlossenheit und Einmütigkeit, die den Berliner Metallarbeiterausstand auszeichnet, haben auch auf das Unternehmertum Eindruck gemacht. So hebt z.B. die "Kölnische Zeitung" hervor, dass es sich bei dem Abwehrkampf der Metallarbeiter um eine "einheitliche Arbeiterbewegung" handle. Das Blatt verweist darauf, dass nicht nur die freiorganisierten, sondern auch die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften den Kampf gutheissen und dass zu allem Ueberfluss auch die Gauleitung Gross-Berlin der Nationalsozialisten ausdrücklich den Metallarbeiterausstand als "berechtigt und auf gesetzlicher Grundlage beruhend" anerkannt habe.

Angesichts dieses Respektes der Unternehmer vor der Kampf Bewegung der Berliner Metallarbeiter wirkt der Versuch der Metallindustriellen, der Öffentlichkeit vorzumachen, dass der Streik keineswegs allgemein sei und mindestens noch etwa 25 % der Belegschaften in Arbeit stünden, geradezu komisch. In den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller waren vor Beginn des Kampfes rund 145 000 Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der Streikenden betrug am Donnerstag Mittag rund 132 000. Berücksichtigt man, dass die über 60 Jahre alten Arbeiter, die Kriegsbeschädigten und die Wochenlöhner, die Arbeit, wie vorgesehen war, nicht niederlegten, dann ergibt sich von selbst, dass die Streikbewegung nahezu die gesamte Berliner Metallarbeiterschaft umfasst. Anscheinend gibt es bei der Rechtspresse Leute, die keine Ahnung davon haben, dass die Angestellten-schaft, die in einigen Berliner Metallbetrieben sehr zahlreich ist, mit der Streikbewegung unmittelbar nichts zu tun hat. Die ahnungslosen Gemüter sehen die Angestellten zur Arbeit gehen und behaupten dann, dass der Ausstand nicht vollständig sei.

All die albernen Verkleinerungskunststücke ändern nichts an der Tatsache, dass der Kampf von der gesamten Berliner Metallarbeiterschaft mit Elan aufgenommen wurde und mit grosser Zuversicht geführt wird. Auch die Unternehmerpresse kann ja nicht daran vorbeisehen, dass in diesem Kampf die Unorganisierten mit den Organisierten Schulter an Schulter kämpfen, dass auch sie in der Urabstimmung sich gegen den Schiedsspruch ausgesprochen haben. Der Reichsarbeitsminister würde vom Teufel geritten, wenn er diesen Schiedsspruch für verbindlich erklären wollte. Er würde damit auch zur Mehrheit des Reichstags in Gegensatz geraten, da nicht nur die Kommunisten und Nationalsozialisten, sondern wahrscheinlich auch noch einige andere Leute sich dem Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der sich gegen eine Verbindlichkeitserklärung ausspricht, anschliessen dürften.

Regierungserklärung und die Aussprache darüber werden hoffentlich nunmehr sehr rasch klarstellen, wie man sich bei den massgebenden Stellen grundsätzlich die Lösung der Wirtschaftskrise, die Wiedereingliederung der Arbeitslosen durch Neuregelung der Preis-, Lohn- und Arbeitszeitfrage denkt. Der durch den Schiedsspruch für die Metallindustrie eingeschlagene Weg führt nicht zum Ziel.

SPD. Am kommenden Sonntag und Montag findet bei der Reichsbahn die Neuwahl der Beamtenräte statt. Die Beamtenräte werden alle zwei Jahre gewählt. Die Wahl des Orts-, Bezirks- und Hauptbeamtenrats erfolgt in einem Wahlgang. Es kommen weit über 300 000 Wahlberechtigte in Frage. Wahlberechtigt sind nicht nur die Beamten, sondern auch die im Beamtendienst beschäftigten Lohnempfänger.

Bei der Reichsbahn stehen zur Zeit in beamtenpolitischer Hinsicht die Bestrebungen im Vordergrund, die auf einen allmählichen Abbau des Beamtensverhältnisses bei den Betriebsverwaltungen hinziehen und zu diesem Zweck die Umwandlung der Beamtenstellen in Dienstposten für Angestellte und Arbeiter propagieren. Diesen Bestrebungen tritt nur der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands energisch entgegen. Er sieht in dem jetzigen Zustand der einseitigen Verwaltungsregelung eine Gefahr für die den Bestand des Beamtensverhältnisses.

Die Reichsbeamtenschaft ist durch ihre starke organisatorische Zersplitterung in der Abwehr der ihre Interessen bedrohenden Massnahmen und Pläne der Reichsbahnverwaltung stark behindert. Im Gegensatz zu den Arbeitern, die grösstenteils im Einheitsverband organisiert sind, existieren unter den Reichsbahnbeamten neben dem Einheitsverband noch nahezu 50 Splitterverbände. Es charakterisiert das Stärkeverhältnis unter den Eisenbahnerorganisationen, dass bei den Betriebs- und Beamtenrätewahlen zusammen der Einheitsverband ungefähr so viel Stimmen allein auf sich vereinigen konnte als alle übrigen Splitterverbände.

Die Zerfahrenheit in den organisatorischen Verhältnissen kommt auch in den verschiedenen Vorschlagslisten zum Ausdruck, die zur Beamtenrätewahl eingebracht wurden. So sind aus den Kreisen der "neutralen" Beamtensverbände, die dem Deutschen Beamtensbund angeschlossen sind, 3 verschiedene Vorschlagslisten eingebracht worden. Dazu kamen diesmal auf Grund von Anmeldungen der Nationalsozialistischen Partei noch Vorschlagslisten mit dem Kennwort "Nationale Sozialisten", deren Kandidaten grösstenteils dem "Zentralgewerkschaftsbund" angehören. Es ist bekannt geworden, dass die Herstellung von Stimmzetteln für die Hakenkreuzerlisten von der ebenfalls dem Deutschen Beamtensbund angeschlossenen "Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner" veranlasst worden ist.

Die Treibereien der Nationalsozialisten müssen die Zersplitterung der Reichsbahnbeamtenschaft noch vergrössern.

Nicht Zersplitterung, sondern nur Zusammenfassung der Kräfte im Einheitsverband kann den Reichsbahnbeamten helfen. Sie müssen die Listen des Einheitsverbandes unterstützen.

Wie wirkt die Arbeitszeitverkürzung?

Eine Untersuchung des Konjunkturforschungsinstituts.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung (IfK) beschäftigt sich mit den möglichen Auswirkungen des von den freien Gewerkschaften aufgestellten Planes, die Arbeitszeit zu verkürzen, um auf diese Weise Einstellungen von Arbeitslosen vorzunehmen. Das Institut geht dabei von der Voraussetzung aus, dass die Gesamtzahl der Industriearbeiter in Deutschland rund 10,5 Millionen beträgt, wovon 2,3 Millionen arbeitslos sind und 1,8 Millionen verkürzt arbeiten. Es ist äusserst interessant, dass die Zahl der Kurzarbeiter gegenwärtig nicht unbeträchtlich geringer ist als die Zahl der Vollarbeitslosen. In der letzten Krise, im Krisenjahr 1926, waren mehr Kurzarbeiter als Vollerwerbslose vorhanden. Diese Erscheinung lässt sich ohne Zweifel nur darauf zurückführen, dass in der gegenwärtigen Krise die Betriebe schärfer "ausgekämmt" worden sind als früher.

Von den 6,4 Millionen Vollbeschäftigten arbeiten nach Schätzung des IfK knapp 6 Millionen 48 Stunden und mehr in der Woche. Diejenigen Arbeiter, die gegenwärtig mehr als 44 Stunden in der Woche arbeiten, leisten 330 Millionen Arbeitsstunden pro Woche. Bei einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden würden rund 7,5 Millionen Arbeiter erforderlich sein, um das gleiche Arbeitsquantum zu verrichten. Es ergäbe sich, natürlich rein rechnerisch, eine mögliche Mehrbeschäftigung für etwa 700 000 Arbeiter. Dieselbe Rechnung würde bei einer Verringerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden dazu führen, dass 8,6 Millionen Arbeiter beschäftigt werden könnten. In diesem Falle wäre es also, wieder rein rechnerisch, möglich, Mehrbeschäftigung für 1,5 Millionen Arbeitskräfte zu schaffen. Nach Berechnungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes könnten durch die gesetzliche Durchführung der 40-stündigen Arbeitswoche rund 1 Million Arbeiter mehr beschäftigt werden, wenn man dringliche Ausnahmefälle berücksichtigt, aber nur 500 000. Die Differenz zwischen der Berechnung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Instituts für Konjunkturforschung will nichts besagen. Es handelt sich hier nämlich um die Ergebnisse einer rein mechanischen Betrachtung. Sie zeigen aber, dass der Arbeitsmarkt durch die 40-stündige Arbeitswoche in stärkster Masse entlastet werden kann und zwar um eine Zahl, die unserer Auffassung nach immerhin zwischen 500 000 und 700 000 und in der Praxis wahrscheinlich eher über 700 000 als unter 500 000 liegen dürfte.

Das IfK führt nun die Bedenken gegen eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung an und verweist darauf, dass die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken verschieden sei, wodurch unter Umständen Umsiedlungen notwendig würden. Ähnliche Bedenken äussert das Institut auch hinsichtlich der einzelnen Branchen. Es gäbe - die Aussichten sind hier leider nur sehr minimal - gut beschäftigte Branchen, die in die Lage kämen, die Arbeitszeit ihrer Facharbeiter zu verkürzen und ungelernte Arbeiter oder Facharbeiter anderer Branchen einzustellen. Man kann über diese Bedenken zur Tagesordnung übergehen; einmal deswegen, weil die Voraussetzungen des Instituts kaum zutreffen und des anderen deshalb, weil es sich hier um überwindbare Schwierigkeiten handelt. Dasselbe gilt auch hinsichtlich eines anderen Hinweises des Konjunkturforschungsinstituts, dass sich

bei einer verkürzten Arbeitszeit das Verhältnis von Arbeitsanlauf und der sogenannten gearbeiteten Arbeitszeit ungünstig verändern würde. Andererseits gibt das IfK zu, dass als Folge verkürzter Arbeitszeit bei Akkordarbeit möglicherweise sogar eine Leistungssteigerung einsetzen würde.

Schwerwiegender sind die Bedenken hinsichtlich der Wirkung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung auf Einkommen und Verbrauch. Das Institut schätzt, dass bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche bei gleichen Lohnsätzen das Einkommen von etwa 6,8 Millionen Arbeitern sich um durchschnittlich 6 bis 7 % vermindern. Bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden würde sich bei den gleichen Voraussetzungen für 7,1 Millionen Arbeiter das Einkommen um 15 bis 20% reduzieren. Hier muss bemerkt werden, dass dieser Einkommensrückgang nicht unbedingt einzutreten braucht. Durch die Einreihung von 500 000 bis 700 000 Arbeitslosen in den Produktionsprozess würden ganz erhebliche Unterstützungsmittel beim Reich und den Gemeinden frei, die zu einem Lohnausgleich verwendet werden könnten und müssten. Das am Montag veröffentlichte Programm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat ja bereits darauf hingewiesen und entsprechende Forderungen aufgestellt. Die befürchtete Einkommensverminderung ist überhaupt eine Sache des Preisabbaus. Wenn sich wirklich ein erheblicher Preisabbau - es zeigt sich immer mehr, dass die Preisfrage der springende Punkt in unserer Wirtschaftsentwicklung ist - erreichen lässt, dann schalten sich die Folgen einer Einkommensverminderung bzw. die Notwendigkeit eines Lohnausgleichs automatisch aus. Nehmen wir aber an, dass die vom IfK geschätzte Einkommensverminderung von 7 bis 8% bzw. 15 bis 20% als Folge der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung eintritt, dann ergibt sich die andere Wirkung einer Steigerung des Einkommens bei immerhin 500 000 bis 700 000 Arbeitern von den Sätzen der Arbeitslosenversicherung bzw. der Krisenunterstützung auf den normalen Lohnstand. Für die ganze Wirtschaft betrachtet, handelt es sich um keinen Einkommensausfall, sondern nur um eine Verlagerung, um eine Umschichtung der Kaufkraft. Die Lohnsumme würde, vorausgesetzt, dass der Preisabbau ausbleibt und ein Lohnausgleich nicht erreicht werden kann, annähernd gleichbleiben. Aber auch schon eine solche Entwicklung müsste bestimmte Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.

Das IfK nimmt an, dass sich die wieder in den Arbeitsprozess eingereichten 500 000 bis 700 000 Mann erst mal wieder richtig satt essen würden. Das hätte einen steigenden Verbrauch an Nahrungsmitteln, vor allem an hochwertigen Nahrungsmitteln zur Folge. Nach dem IfK ergeben sich für die Nahrungsmittelindustrien günstigere Wirkungen als für die Industrien, die den sogenannten elastischen Bedarf (d.h. den Bedarf an Kleidung, Schuhen usw.) befriedigen. Eine Ankurbelung der Nahrungsmittelindustrien könnte uns nur recht sein. Wahrscheinlich wird von der Ankurbelung einzelner Industriezweige eine Belebung der ganzen Wirtschaft ausgehen. Das ist ja überhaupt der Sinn der ganzen Vorschläge; das wollen ja auch die Gewerkschaften mit ihrem Vorschlag einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung erreichen. Die Verringerung des elastischen Bedarfs wird unserer Auffassung nach nicht so bedeutend sein, wie man sich das im Konjunkturforschungsinstitut anscheinend vorstellt. Wir behaupten, dass der Bedarf der Arbeitslosen an Schuhen und Kleidung so gross ist, dass bei einer Neueinstellung dringliche Käufe vorgenommen werden. Die Befürchtungen, dass ungünstige Rückwirkungen auf die Textil- oder Schuhwarenindustrie eintreten, sind also kaum berechtigt. - Bei diesen Untersuchungen ist immer das Wesentliche im Auge zu halten: die Arbeitslosen in den Produktionsprozess einzureihen, dadurch neue Käufer zu schaffen und so zu der Ankurbelung der Wirtschaft beizutragen. Je schneller die Ankurbelung erreicht werden kann, desto geringer werden die Opfer sein, die hüben und drüben, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tragen haben

SPD. Nachdem in den letzten Tagen zwischen Reichsregierung, Preussen und den Ruhrkohlenzechen hin und her verhandelt worden ist, konnte der Reichskanzler am Donnerstag in seiner grossen Regierungsrede die Erklärung abgeben, dass die deutschen Kohlenpreise um 6% herabgesetzt werden sollen.

Der Schritt ist von grundsätzlicher Bedeutung. Durch die Verbilligung des wichtigen Rohstoffes Kohle ist an sich für die Eisenwirtschaft der Zwang gegeben, auch die Eisenpreise jetzt herabzusetzen; die Senkung der Eisenpreise muss sich in der eisenverarbeitenden Industrie in den Preisen der Produktionsmittel auswirken. Ebenso wird der wichtigste Rohstoff der Reichsbahn verbilligt und es ist die Möglichkeit gegeben, dass die Reichsbahn, wenn sie die Bedeutsamkeit einer sofort wirksamen Kohlenverbilligung auch für die Verbesserung ihrer eigenen Finanzen durch Vergrösserung des Güterumschlags richtig erkennt, die Tarife für wichtige Massengüter, sowohl Rohstoffe als Lebensmittel, herabzusetzen. Der Kohlenpreissenkung müsste sofort auch eine Senkung der Braunkohlenpreise insbesondere für Hausbrandbriketts folgen. Die Verbilligung der Rohkohle gäbe eine Möglichkeit, auch die Tarife für elektrischen Strom herabzusetzen. Man sieht, die Senkung der Kohlenpreise könnte ein wichtiger Faktor zur Belebung der Wirtschaft werden. Sie könnte, wenn man die Preissenkung für den Hausbrand besonders in den Vordergrund stellen würde, auch die Lebenshaltungskosten etwas verbilligen. Klar ist aber schon jetzt, dass es mit einer Preissenkung um 6% kaum genug sein könnte, um den Absatz der Kohlenindustrie genügend zu heben und allgemeine Preissenkungen, da der Anteil der Kohlenkosten ja doch nicht überwältigend ist, zu forcieren.

Soweit ganz gut! Der Reichskanzler hat aber auch erklärt, dass diese Kohlenpreissenkung erst zum 1. Dezember erfolgen soll! Diese Festlegung auf den 1. Dezember muss mit allergrösstem Misstrauen erfüllen. Warum die Kohlenpreissenkung erst so spät? Bis dahin ist die Hauptkohlenkonjunktur, besonders hinsichtlich der Eindeckung für den Hausbrand vorbei. Die Preissenkungswelle, die durch die Kohlenverbilligung, wie wir oben gezeigt haben, herbeigeführt werden könnte, wird viel zu spät in Bewegung gesetzt. Für die Wahl des 1. Dezember gibt es nur eine Erklärung: Diese Kohlenpreissenkung auf Termin ist an Bedingungen hinsichtlich der Lohnpolitik geknüpft, die per Kasse erfüllt werden sollen. Man gewinnt den Eindruck, dass die Reichsregierung jetzt bemüht ist, den Eindruck einer kommenden Preissenkungswelle hervorzurufen, um einerseits die Politik des Lohnabbaus wirksamer fördern zu können und andererseits eventuell auch die Grundlagen zu verbessern, in den Berliner Metallarbeiterkonflikt in einer unternehmerfreundlichen Weise eingreifen zu können. Wir halten höchstes Misstrauen gegenüber dieser Kohlenpreissenkung auf Termin für gerechtfertigt. Nur eine sofortige und möglichst weitgreifende Senkung der Kohlenpreise kann Wirkungen haben, die, wenn sie sich auch auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verbilligend auswirken, die Gesamtwirtschaftslage wirklich bessern können.

SPD. Das Reich hat seinen Besitz an dem Filmkonzern Emelka endgültig abgestossen. Der Erwerber ist der Münchener Kommerzienrat Krauss. Praktisch hat das Reich für die Emelka gar nichts bekommen. Es dürfte sich noch ein Verlust ergeben, der zwischen 3 bis 4 Millionen Mark liegt. Krauss selbst ist in erster Linie Geschäftsmann und kein Politiker. Hinsichtlich einer Kombination Emelka und der Hugenbergschen Ufa lässt sich wohl sagen, dass Krauss allem Anschein nach mit der Ufa paktieren wird, wenn er dabei verdienen kann und dass er es sein lässt, wenn sich eben keine Gewinnchancen bieten.

Es ist wohl angebracht, einen Rückblick auf die nicht ganz uninteressante Verkaufsgeschichte der Emelka zu werfen. Das Reich, das über die unglückselige Phoebusangelegenheit in die Emelkaaffäre hineinschlidderte, übernahm seinerzeit

aus politischen Gründen das ausschlaggebende Emelkaaktienpaket. Dem Erwerb lag der Sinn zugrunde, die Monopolbestrebungen der Hugenbergschen Ufa zu durchkreuzen. Die Linie wurde unter Druck der bürgerlichen Parteien nicht eingehalten. Es kam so darauf an, den Emelkabesitz möglichst mit Nutzen für das Reich zu verwerten. Eine Möglichkeit bot dazu eine Gruppe, die durch den Berliner Rechtsanwalt Dr. Roth vertreten wurde. Der Vorschlag Roths ging dahin, dass ihm das Reich den Emelkabesitz pachtweise gegen eine von einer Grossbank garantierten Dividende von 8% überliess. Aus dieser selten günstigen Offerte wurde nichts. Das Reichsfinanzministerium hat, vor allem unter Moldenhauer, die Verwirklichung dieses Planes verhindert. In diesem Zusammenhang soll der Reichsinneminister Dr. Wirth die bestimmte Frage an seinen Kollegen Dr. Moldenhauer gerichtet haben, ob Aussicht vorhanden wäre, eine bessere Regelung zu erzielen. Das wurde bejaht und eine entsprechende Regelung binnen weniger Wochen versprochen. Hinterher - das Reichsinneministerium hatte sich mittlerweile von der Emelkaangelegenheit zurückgezogen und sie ganz dem Reichsfinanzministerium überlassen - hörte man von verschiedenen Offerten, die sich geradezu glänzend anhörten. Untersuchte man sie aber näher, dann stellten sich diese glänzenden Angebote als Scheinangebote heraus. Es sind ohne Zweifel um jene Zeit geschäftige Vermittler tätig gewesen, die, wie man so sagt, die Emelka an die Hand bekommen wollten, um so eine recht erhebliche Provision bei der Vermittlung des Geschäfts herauszuschlagen. Schliesslich hörte man davon, dass man die Emelka mir nichts dir nichts, ohne jede Gegenleistung, an den in der Filmindustrie bekannten Rechtsanwalt Arthur Wolff abzugeben im Begriff war. Die in der Presse einsetzende Kritik vereitelte das.

So kam es zum Verkauf an den obenerwähnten Kommerzienrat Krauss. Der Verkauf scheint auch dringend geworden zu sein. Die Emelka stand nämlich in den letzten Monaten am Rande des Bankrotts und lebte von Subventionen des Reiches, die wohl in die Hunderttausende gehen und in der Form gegeben wurden, dass das Reich die fälligen Zinszahlungen an die Commerz- und Privatbank leistete. Nominell hat Krauss für die Emelka dem Reich 4 Millionen bezahlt. Das Reich verzichtet aber dafür auf 3,5 Millionen Mark an Forderungen. Dazu kommen rund 500 000 Mark Zinszahlungen, die das Reich für die Emelka übernommen hatte. Dem Kaufpreis von 4 Millionen Mark steht also eine Verzichtleistung des Reiches auf rund 4 Millionen Mark gegenüber, d.h. Krauss hat die Emelka umsonst bekommen. Aus der ganzen Emelkaaffäre bleibt als bittere Pille ein Verlust des Reiches, der sich auf etwa 3,5 Millionen Mark schätzen lässt.

SPD. Die den freien Gewerkschaften nahestehende Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktien-Gesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter in Berlin) weist für das Jahr 1929 einen Reingewinn von 28 000 Mark aus gegenüber 74 600 Mark im Vorjahr. Die Verringerung des Reingewinns erklärt sich wohl dadurch, dass vorher ganz erhebliche Beträge abgesetzt worden sind. Auch die Aussenstände, die mit 483 000 Mark angegeben werden gegenüber 180 000 Mark im Vorjahr - die Erhöhung erklärt sich durch Kapitalserhöhung von Tochtergesellschaften - und die Beteiligungen und Wertpapiere (717 000 Mark gegenüber 620 000 Mark Beteiligungen im Vorjahr) weisen ohne Zweifel stärkere Reserven auf.

Im übrigen muss bei der Entwicklung im Jahre 1929 die schlechte Lage des Hypothekenmarktes berücksichtigt werden. Das Umschuldungsprogramm der Gemeinden wirkte sich in der Art aus, dass die Gemeinden Hypotheken nur in stark vermindertem Ausmass zur Verfügung stellen konnten. Wenn die Dewog ihrer Aufgabe gerecht geworden ist, so nur deshalb, weil die Stellen, die Zwischenkredite gewährten, also die Arbeiterbank und die Deutsche Bau- und Bodenbank, in allen Fällen durch grosszügige Weiterbelassung des Zwischenkredits über die vereinbarte Laufzeit hinaus zur Vermeidung von ernststen Schwierigkeiten beitrugen.

Die Situation wurde auch durch die Mitarbeit der Volksfürsorge und der Hannoverschen Bodenkreditbank erleichtert. Die Dewog hat im Geschäftsjahr 1929 für ihre Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften unter Einschluss deren Eigenbauten insgesamt 10 020 Wohnungen betreut. Für 7100 Wohnungen hat sie im Berichtsjahr erst- bzw. zweitstellige Hypotheken beschafft. Die restlichen Wohnungen wurden von den Tochtergesellschaften örtlich finanziert. Die im November 1929 beschlossene Kapitalserhöhung um 2 Millionen auf 3 Millionen Mark ist bis Dezember 1930 durchzuführen.

Die Einnahmen werden mit 519 000 Mark angegeben gegenüber 295 000 Mark im Vorjahr. Die Steigerung der Einnahmen erklärt sich dadurch, dass die Zweigstellen Hamburg und Breslau im Jahre 1929 voll ein gesetzt werden konnten. Die Geschäftskosten haben sich von 321 700 Mark im Jahre 1928 auf 461 700 Mark gesteigert. Die Abschreibungen werden mit 45 000 Mark angegeben gegenüber 44 300 Mark Abschreibungen auf Inventar und 7300 Mark Abschreibungen auf zweifelhafte Forderungen im Jahre 1928. Die Wohnungswirtschaft erforderte 39 800 Mark gegenüber 9300 Mark im Vorjahr.

Die Dewog sieht von der Verteilung einer Dividende ab, um angesichts der ernsten Lage auf dem Bau- und Wohnungsmarkt unter allen Umständen gerüstet zu sein.

SPD. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Die Gerüchte über eine Einstellung der Reichsfinanzstatistik, die zuletzt durch die Verordnung über Finanzstatistik vom 23. Juni 1928 geregelt wurde, sind nicht zutreffend. Nachdem in den bisherigen Erhebungsjahren Erfahrungen gesammelt sind, die ein abschliessendes Urteil über die Notwendigkeit der Fortführung dieser Statistik und insbesondere den Umfang der künftigen Erhebungen gestatten, sind die Vorarbeiten für eine Neuordnung, die nicht mehr alljährliche sondern nur periodische Vollerhebungen und in den dazwischenliegenden Jahren Teilerhebungen vorsehen soll, bereits seit längerer Zeit im Gange und werden voraussichtlich binnen kurzem abgeschlossen werden. Es ist selbstverständlich, dass die Neuordnung in weitgehendstem Masse der durch die Not der Zeit gebotenen Sparsamkeit Rechnung trägt.

SPD. Das Europäische Aluminiumkartell hat auf seiner Tagung in London den Rohaluminiumpreis von 95 auf 85 Pfund heruntersetzt.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 17. bis 23. Oktober: für A-Milch 18 Pfennige, für B-Milch 10 Pfennige, für C-Milch 12 Pfennige, Die A-Milchmenge ist für die Zeit vom 17. bis 23. Oktober auf 95% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch $\frac{1}{2}$ Pfennig, b) molkereimässig bearbeitete Milch $1 \frac{3}{4}$ Pfennige je Liter.

SPD. In Berlin ist die bekannte Lederfabrik Martin I. Salomon & Co., in Konkurs gegangen. Die Gläubiger haben wenig zu erwarten. Uns interessieren die Auseinandersetzungen zwischen der Firma und ihren Gläubigern herzlich wenig. Von allgemeinem Interesse ist nur, dass man im Rahmen dieser Auseinandersetzungen Dingen auf die Spur kommt, die manches in unserer Wirtschaftsentwicklung während der letzten Jahre erklären.

Die Martin I. Salomon existiert schon beinahe ein halbes Jahrhundert. Inhaber sind zwei Herrn Steven mit akademischem Titel. Es scheint nun so gewesen zu sein, dass die beiden Doktoren, die während der Inflationszeit in Holland angesammelte Devisen benutzt haben, um einen höchst komplizierten Apparat aufzubauen, der weniger der Firma, desto mehr aber den beiden Inhabern, den Doktoren Steven, zugute kam. Wir hören von einem Konto eines Geschäftsinhabers der Martin I. Salomon, der seit langem tot ist. Trotzdem liefen über dieses Konto grössere Auszahlungen nach Holland. Fest steht, dass Erben des verstorbenen Mitinhabers diese Beträge nicht abgehoben haben. Ob die beiden Doktoren Steven diese Beträge abgenommen haben - weiss das Finanzamt sicherlich nicht.

Hier wie in anderen Konkursfällen der letzten Jahre ergibt sich die Tatsache, dass die Finanzen des Unternehmens durch seine Generaldirektoren in hemmungsloser Weise in Anspruch genommen worden sind. Die Gattin einer der beiden Inhaber erhebt noch in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen eine Forderung von einer halben Million Mark, trotzdem nur ein Guthaben von etwa 6 Mark feststellbar ist. Aus dem Prüfungsbericht geht auch hervor, dass 24 000 Mark für einen Landbesitz in Tegernsee ausgeworfen wurden. Der Landbesitz gehört weder den Inhabern noch der Firma. Das erinnert an einen anderen Skandal in der süd-deutschen Industrie, wo die Firma ganz erhebliche Beträge für ein Landhaus zahlte, das die Freundin des Generaldirektors bewohnte.

Wir finden bei der Martin I. Salomon & Co. das aus den letzten Jahren bekannte Bild, dass eine dünne Oberschicht in der deutschen Wirtschaft hemmungslos darauf loslebt und sicherlich weit besser lebt als in der Vorkriegszeit, dass das Unternehmen durch die Anforderungen einer luxuriösen übersteigerten Lebensweise der Inhaber in den Konkurs getrieben wurde. Wir wollen nebenbei nur erwähnen, dass die beiden Doktoren Steven in der Lederindustrie eine grosse Rolle spielten und dass sie dort auch ihr Sprüchlein über die Steigerung der Herstellungskosten und die bedrohte Rentabilität durch die hohen Arbeiterlöhne herunterleierten. Es wird wirklich mal Zeit, dass es im Reich der Generaldirektoren zu einem radikalen Lohnabbau kommt.

SPD. Die diesjährige Verbandstagung des Dewog-Revisionsverbandes E.V. Dewog Revisionsvereinigung findet am 14. bis 16. November 1930 in der Stadthalle zu Magdeburg statt. Die Tagesordnung bringt Referate von Reichsarbeitsminister a.D. R. Wissell, Landtagsabgeordneten W. Drügemüller, Oberbürgermeister Beims, stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Diekmann, Verbandsrevisor Dr. Bodien und Geschäftsführer Plumbohm. Während der Tagung finden Führungen durch die Siedlungsbauten des Vereins für Kleinwohnungswesen G.m.b.H. in Magdeburg statt.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 16. Okt.: I. 133 Mark, II. 121 Mark, III. 105 Mark je Zentner. Tendenz: freundlich.

Starkes Deckungsbedürfnis.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Oktober)

SPD. Die festere Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Donnerstag in der Hauptsache einem starken Deckungsbedürfnis zu verdanken, das sich namentlich für Roggen zur späteren Lieferung bemerkbar machte. Es scheint, dass hierbei Befürchtungen hinsichtlich der Haltbarkeit der diesjährigen Ware eine gewisse Rolle spielen. Jedenfalls konnte am Markte der Zeitgeschäfte Roggen seinen Preisstand um ca. 2 - 2½, Weizen um etwa 1 Mark befestigen. Prompte Ware blieb bei beiden Brotgetreidearten sehr knapp angeboten, so dass auch hier Preissteigerungen von 1 - 2 Mark festzustellen waren. Mehl war in den Forderungen unverändert. Das Geschäft hat sich nicht belebt. Hafer und Gerste hatten bei stetiger Tendenz nur geringes Geschäft.

	<u>15. Oktober</u>	<u>16. Oktober</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	224 - 226	224 - 226
Roggen	140 - 141	141 - 143
Braugerste	185 - 211	182 - 210
Futter- und Industrieroggen	166 - 180	166 - 180
Hafer	142 - 155	142 - 155
Weizenmehl	27,00 - 35,00	27,00 - 35,00
Roggenmehl	23,25 - 26,25	23,25 - 26,25
Weizenkleie	7,50 - 8,00	7,50 - 8,00
Roggenkleie	7,25 - 7,50	7,25 - 7,50

Handelsrechtliche Lieferungs geschäfte: Weizen Oktober 239 und Brief, Dezember 247-247½-247, März 261½. Roggen Oktober 158, Dezember 167½, März 185-185¾. Hafer Oktober 153, Dezember 160½, März --.

Antliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 15¼, 60 gr 14½, 53 gr 14, 48 gr 12¾, frische Eier 53 gr 13½, aussortierte kleine und Schmutzeier 16 er 13½, Holländer 60-62 gr 14½-15, Bulgaren 12¾-13, Rumänen 12½, Ungarn und Jugoslawen 12¼-12½, Polen normale 11½ - 12, kleine, Mittel- und Schmutzeier 10 - 10½. In- und ausländische Kühlhauseier: Grosse 12¼-13, normale 10½-11½, kleine 9½-10. Kalkeier: Normale 10-10½. Witterung: schön, Tendenz: ruhig.

Antliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Antliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,10 - 1,30, Rote 1,30 - 1,50, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,50 - 1,70, Ödenwälder Blaue 1,10 - 1,30 Mark. In Berlin sehr geringe Nachfrage.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 77

Berlin, den 16. Oktober 1900

Schlafstörungen bei Kindern.x

SPD. Das Schlafbedürfnis wandelt sich mit dem Alter der Kinder und ist (wie auch bei Erwachsenen) verschieden gross. Allerdings nur in dem Sinne, als das Kind manchmal erziehungsgemäss das ihm eigene Quantum ohne Pause durchschläft oder aber den nächtlichen Schlaf früher beendet bzw. später beginnt, um ihn dann in den Mittagsstunden nachzuholen. Wir müssen bei den Kindern, wenn wir sie zu besonderen Menschen sich entwickeln lassen wollen, streng beachten, dass Säuglinge fast dauernd schlafen sollen, nur von der Nahrungsaufnahme und der Pflege unterbrochen. Von einem Alter von sechs Jahren an genügen dann zwölf Stunden, und das gesunde Kind zwischen Säuglingsalter und fünf Jahren reguliert das Schlafbedürfnis eigentlich selbst. Man muss nur verstehen, sich dem kindlichen Bedürfnis anzupassen.

Ein Zwingen des Kindes zum Nachmittagsschlaf ist nach Erreichung eines Alters von einem Jahr und neun Monaten überflüssig. Weigert sich das Kind heftig und muss man mit Drohen und Schelten das Liegen erzwingen, dann lasse man dem Kinde seinen Willen und lege es dafür regelmässig früher zu Bett. Ein solches Kind schläft dann eben von $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends bis 8 Uhr morgens. Und das genügt! Die mit jedem Zwang entstehende Erregung des Kindes schadet mehr, als das Liegen der Kinder nützt. Abgesehen davon ist es doch bedauerlich, wenn man Kinder daran gewöhnt, bis in den Spätnachmittag hinein zu schlafen, sodass sie, anstatt im hellen Sonnenschein, erst zu abendlicher Zeit spazieren gehen können oder aber erst zum Spielen kommen, wenn ihre kleinen Spielgefährten schon wieder müde sind.

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, dass man den Schlaf als Aeusserung einer Erschöpfung auffassen könnte. Er stellt einen ebenso aktiven Prozess des Lebens dar wie das Wachen; seine Aeusserung trägt nur eine andere Form. Wir bemerken im Gegenteil, dass die Kinder im Stadium der Uebermüdung (das selbstverständlich nach Möglichkeit vermieden werden muss) schlecht schlafen bzw. garnicht einschlafen können; und dieser Zustand könnte doch gerade als Erschöpfungszustand gewertet werden.

Ein Kind, das schlecht schläft, aus dem Schlaf mit lautem Schrei auffährt oder die Eltern weckt, weil es schlecht geschlafen hat, bedarf besonderer Beachtung und liebevoller Behandlung. Ehe man anfängt, Medikamente zum Beruhigen zu geben, sollte man zu ergründen suchen, worauf das Aufschrecken zurückzuführen ist. Man soll das Kind sofort nach dem Erwachen bzw. Aufschreiben ablenken, indem man ihm etwas erzählt, was ihm Spass macht, ihm für den nächsten Tag etwas verspricht; dann wird das Kind in kurzer Zeit wieder einschlafen. Wenn ein Kind schlecht träumt, so hat es irgendein Ereignis des Tages geistig noch nicht restlos verarbeitet. Versucht man, der Sache auf den Grund zu gehen, so kann man feststellen, dass das Kind vielleicht den Zusammenstoss zweier Wagen oder sonst etwas für seine Verhältnisse Schreckenerregendes gesehen oder gehört hat. Man soll deshalb auch sehr darauf achten, dass die Menschen, die mit dem Kinde umgehen, ihm nicht von Verbrechern oder ähnlichem erzählen. Mein Junge schreckte einige Tage hintereinander nachts auf, was wir an ihm garnicht kannten. Mit vieler Mühe erfuhren wir dann von ihm, dass er immer an den "elektrischen Stuhl" denken müsste, auf dem in Amerika schlechte Menschen getötet würden. Das war eine der Unterhaltungen, die ein unüberlegtes Mädchen mit ihm zu führen pflegte. Und daraus entstanden die Träume, die ihn nachts ängstigten. Aehnliches liegt viel öf-

ter zugrunde, als man annimmt, wenn Kinder plötzlich an Schlafstörungen leiden.

Der Schlaf ist ein Prozess, der vom Körper und von der Seele aus gemeinsam vor sich gehen muss. Da ergeben sich manchmal verschiedene Bereitschaften zwischen der Müdigkeit des Körpers und der geistigen Angeregtheit, sowohl beim Kinde wie beim Erwachsenen. Kinder pflegen abends beim Spielen manchmal einen dem Höhenrausch ähnlichen Zustand zu haben. Da heisst es eben zur rechten Zeit eingreifen, damit der kleine Geist Zeit hat, sich "abzuregen"! Sehr zu beachten ist auch, dass man schlecht einschlafenden Kindern das Abendessen möglichst zeitig geben soll, und zwar in recht leicht verträglicher Form, d.h. möglichst eine Stunde vor dem Schlafengehen eine Butterschnitte ohne Aufschnitt und eine Tasse Milch und vielleicht etwas Obst. Selbstverständlich muss man auch für die nötige Stuhlentleerung sorgen. Hat alles dies noch nicht den gewünschten Erfolg, dann empfiehlt sich eine Kompresse, die, unter den Armen beginnend, bis zur Nabelhöhe reicht; darüber etwas Wollenes. Das ist für nervöse Kinder ein sehr gutes Mittel zum festen Schlaf.

Selbstverständlich wird hier von Schlafstörungen gesprochen, wie sie bei jedem gesunden Kinde gelegentlich vorkommen. Bei kranken Kindern muss man sich nach dem Ergebnis einer entsprechenden ärztlichen Untersuchung richten. Leidet ein Kind an Schlafstörung infolge eines akuten Schmerzes, z.B. durch Zahnschmerz oder ein kleines Geschwür, starken Husten usw., dann lindert man die Schlaflosigkeit, indem man den Husten lindert, bezw. den Schmerz beseitigt durch entsprechende Behandlung der akuten Krankheit.

Streng zu vermeiden ist es, Kindern, wenn sie nachts aufschrecken, in das Bett der Mutter oder des Vaters zu nehmen. Damit erzieht man sie dazu, jede Nacht aufzuwachen, weil sie das dann jede Nacht wieder zu erreichen suchen. Wenn es irgend möglich ist, so vermeide man es auch, die Kinder mit Erwachsenen zusammen schlafen zu lassen; es ist für die Kinder ungesund. Bei einiger Beobachtung lernt man aber sehr schnell unterscheiden, ob nur der Wille, sich bemerkbar zu machen und die liebe Mutter auch nachts nach Wunsch für sich zu haben, das Kind aufwachen lässt. In solchem Falle sei man energisch und strafe das Kind dafür so, dass man es am Tage nicht mit auf den Spaziergang nimmt, oder ähnlich. Dringend sei aber davor gewarnt, Kindern Schlafmittel zu geben, wenn man nicht vom Arzte darin beraten ist.

Kindliche Schlafstörungen lassen sich meist dadurch beseitigen, dass wir uns bemühen, die Kinder vor Aufregungen zu behüten, und dass wir so vertraut mit ihnen sind, dass nichts, das sie beunruhigt, vor uns verborgen gehalten wird. Wir müssen uns ihr Vertrauen dadurch zu verdienen suchen, dass wir nicht gleich "Schimpfen" und "strafen" und "Werturteile" fällen, sondern ihnen als guter Freund raten und helfen.

Susi Bork.

Die Prinzessin von Ahlden.^x

SPD. Wir hätten, als wir noch in die Schule gingen, oft von der Sittenverderbnis der französischen Höfe; es wurde uns gelehrt, dass die grosse französische Revolution ein Strafgericht des Himmels für die Lasterhaftigkeit der letzten Bourbonenkönige gewesen wäre. Als Gegensatz hierzu malte man uns das preussische Ideal der Sittenstrenge. Besonders war es ein Monarch, der welscher Weichlichkeit und Ausschweifung als Inbegriff deutscher Art und Sitte gegenübergestellt wurde: Fridericus, das Symbol eines "deutschen Mannes". Noch heute kämpft man bei uns in Fridericus' Namen gegen Demokratie und moderne "Unmoral". Man beruft sich auf ihn zur Führung eines völkisch-germanischen Rassenkampfes, der der Reinerhaltung des Blutes von fremden Beimischungen dienen soll. Wie aber reimt sich das mit der Tatsache zusammen, dass er, der zum Sinnbilde deutschen

Geistes gegen den "Erbfeind" geworden ist, dass Friedrich der Grosse Abkömmling einer Französin war? Und dass diese Französin, von der er in direkter Linie abstammt - was merkwürdigerweise wenig bekannt ist - eine Maitresse war, die gewiss nicht als ein leuchtendes Beispiel einer besseren Moral der guten, alten Zeit gelten kann?

Eine kurze Betrachtung der Geschlechterfolge gibt darüber Auskunft:

Friedrichs II. Mutter, die Königin Sophia Dorothea von Preussen, Gemahlin des Soldatenkönigs, war die Tochter der Kurfürstin Sophie von Hannover und die Enkelin der Französin Eleonore d'Olbreuse, der Maitresse des letzten Herzogs von Braunschweig-Lüneburg=Celle. Vielleicht wird daraus klar, woher die grosse Vorliebe dieses Hohenzollern für französische Literatur, Philosophie und Art stammt. Es ist ein Erbteil des Blutes, das er von seiner französischen Urgrossmutter erhalten hat. Ein so typisch deutscher Dichter wie Lessing konnte bei einem solchen König, dessen französisches Blut ihn zu Voltaire trieb, naturgemäss nichts gelten!

Wer war nun diese Französin, die noch in ihren Abkömmlingen europäischen Fürstenhäusern Glanz verlieh? Denn nicht nur Friedrich, sondern auch Georg II. von England ist ihr Nachkomme. - Die alten Chroniken sind voll von dem Skandal, den die Unebenbürtigkeit der Französin d'Olbreuse hervorgerufen hat. Die Beschäftigung mit dieser Geschichtsepisode eröffnet einen interessanten Einblick in die bedenkenlose Kabinettpolitik der kleinen Fürstenhöfe im Ausgange des 17. Jahrhunderts.

Es war im Jahre 1680, als Georg Wilhelm, nachdem er 32 Jahre lang sein Land ohne Gemahlin regiert hatte, sich mit seiner Geliebten, der Französin Eleonore d'Olbreuse, unter Aufgebot aller kirchlichen und höfischen Zeremonien trauen liess. So erhob er sie aus ihrer Nichtigkeit vor aller Welt zu seiner Gemahlin und zur rechtmässigen Herzogin. Von ihren Kindern war nur die 14 Jahre vor der Eheschliessung geborene Sophia Dorothea am Leben geblieben. Diese wurde zwei Jahre nach der Vermählung ihrer Eltern - am 21. November 1682 - mit dem Erbprinzen Georg Ludwig von Hannover, der später als Georg I. König von Grossbritannien wurde, ehelich verbunden. Der Zweck dieser Heirat und der vorher erfolgten Hochzeit des alten Herzogs konnte nur ein politischer sein: die beiden Linien Celle und Hannover waren nämlich in Erbstreitigkeiten geraten, und die Eheschliessungen standen unter diesem Zeichen. Die Meinungen der Höfe in Celle und in Hannover gingen bezüglich der Erbfolge auseinander. Nach der Ansicht des hannoverschen Hofes war Sophia Dorothea als Tochter einer unebenbürtigen Frau nicht erbberechtigt. Unter diesem Gesichtspunkte hätte das Erbgut des letzten Braunschweiger Herzogs an den Hof von Hannover fallen müssen. Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg=Celle aber wollte sein Land unter allen Umständen seiner unehelich geborenen Tochter erhalten. Um sie ebenbürtig zu machen, entschloss er sich - trotz seines Alters - zur offiziellen Rangerhebung seiner langjährigen Geliebten zur Herzogin. Der Hof von Hannover sah das natürlich mit scheelen Augen an. Er bestritt einfach, dass die erst so spät geschlossene Ehe gültig sei. "Denn", so wurde argumentiert, "es ist nicht die Regel, dass ein Herr wie der Herzog von Braunschweig ein Mensch heiratet, mit dem er so viele Jahre ohne Heirat gehaust hat". Um aber allen Streit über die Erbschaft noch zu Lebzeiten der Beteiligten aus dem Wege zu räumen, warb der junge hannoversche Erbprinz auf Veranlassung seiner Eltern um die Hand Sophia Dorotheas von Celle. So wurde diese, die ihm später nur zwei Kinder gebar 1683 den nachmaligen britischen König Georg II. und 1687 die künftige Königin Sophia Dorothea von Preussen, Gemahlin Friedrich Wilhelms I. - zur Kurfürstin von Hannover erhoben.

Und nun kommt eine charakteristische Kabalen in Gang, wie sie unter anderen Dichtern des 18. Jahrhunderts Schiller dargestellt hat. Denn kaum war der Zweck der hannoverschen Erbschaftspolitik erreicht, als sich das Blatt für die unglückliche Kurfürstin aus nichtebenbürtigem und französischem Blute wandete.

Sie, die Grossmutter Friedrichs II., wurde kurze Zeit nach ihrem Einzug in Hannover öffentlich angeklagt, in unzüchtigem Verkehr mit dem Grafen Königsmarck, dem Bruder der bekannten Maitresse Augusts des Starken von Sachsen, zu stehen. Die Geliebte des hannoverschen Kurfürsten, die Gräfin Platen, die vom Grafen Königsmarck verschmäht worden war, soll aus Eifersucht die angeblichen Beziehungen des Grafen zu Sophia Dorothea verraten haben. Tatsache ist, dass Graf Königsmarck am 1. Juli 1694 plötzlich verschwand. Man vermutet, dass er auf dem Rückwege von einem Besuche bei der Kurprinzessin beseitigt worden ist, und dass der Kurfürst selbst die Mörder gedungen hat. Nun war es ein leichtes Spiel, sich der unbeliebten "Fremdblütigen" zu entledigen. Ihre beiden Kinder freilich gewannen einen weltgeschichtlichen Einfluss auf die Geschichte Englands und Preussens. Sie selbst aber wurde nach einem hochnotpeinlichen Gerichtsverfahren wegen Ehebruchs von dem hannoverschen Gemahl geschieden und auf das Schloss Ahl-den verbannt. Um die Erbschaft nicht zu gefährden, bestimmte das Urteil in seiner moralischen Entrüstung ausdrücklich, dass sie als schuldiger Teil sich nicht wieder verheiraten dürfte.

32 lange Jahre blieb Sophia Dorothea - nach ihrem Verbannungsort unter dem volkstümlichen Namen "Prinzessin von Ahlden" bekannt - auf Schloss Ahlden gefangen. Sie wurde streng beobachtet und stand unter dauernder militärischer Bewachung. Als sie nach einem Leben der Qual am 13. November 1726 starb, war ihre Tochter Sophia Dorothea, die Königin von Preussen, bereits 39 Jahre alt, und ihr Enkel Fridericus ging ins 15. Lebensjahr. Bald brach auch in ihm der französische Geist durch, der sich gegen das geistlose Preussentum des Soldatenkönigs wandte.

Diese Geschichte steht in keinem Lesebuche: Wir haben sie nicht in der Schule gelernt. Und doch ist das Schicksal der unglücklichen "Prinzessin von Ahlden" von entscheidendem Einfluss auf den Erfolg dieses einen Hohenzollern gewesen.

Hermann Walden.

Missglückter Ulk.^x

Von H. Gayar.

SPD. Louis Sermaize, Schüler der Kunsthochschule, langweilte sich eines Abends im Café Metropolitain. Um die Zeit totzuschlagen, las er die kleinen Anzeigen unter der Rubrik "Heirat" und seine Oberlippe kräuselte sich spöttisch. Sein aufgeweckter Geist erdachte sich einen Plan, sich einen Spass zu machen, einen "Spitzbubenwitz"! Er nahm sich vor, unter dem Schleier der Anonymität zwei dieser Sehnsüchtigen, Mann und Frau, ins Métropolitain zu bestellen und sich an den "Turteltäubchen" zu ergötzen. "Herrlich!" sagte sich der gerissene Junge. "Ich brauche nur meine Handschrift etwas zu verstellen. Der Briefbogen der Frau muss chik und ohne Aufdruck sein. Der des Mannes muss wieder anders aussehen - dann entsteht kein Argwohn."

Louis Sermaize ging nach Hause und machte sich mit wohligen Schaudern daran, die passenden Anzeigen auszusuchen. Er wählte eine: "Junges Mädchen, ohne Mitgift, doch selbständig als Sekretärin, sucht Heirat. Angebot unter G.D. an dieses Blatt. Sehr ernst".

"Selbstverständlich"! bekräftigte der Kunstschüler und setzte schon die Feder an. Auf einem azurblauen Briefbogen schrieb er in einem Zuge: "Sehr verehrtes Fräulein! Ihre kleine Annonce rührt mich; ich antworte sofort. Als er stets Zeichen meiner Ernsthaftigkeit gestehe ich Ihnen meinen Namen. Ich heisse Gaston Duval, habe dieselben Initialen wie Sie: G.D.; das ist ein gutes Vorzeichen. Sie heissen wohl Gabrielle oder Ginette...ich liebe diese Namen.- Ich bin dreissig Jahre alt, habe gute Aussichten, Direktor einer grossen Bank zu

werden. Einzelheiten hoffe ich Ihnen persönlich mitteilen zu können. Bekomme ich keine Absage von Ihnen, so bin ich am nächsten Sonntag pünktlich um 6 Uhr im Café Métropolitain. Erkennungszeichen: Rose im Knopfloch und das Abendblatt in der Hand. Werde ich das Vergnügen haben, Sie zu sehen? - Meine Postadresse ist 26 G.D.-19.- Ich hoffe auf Ihre zustimmende Antwort und grüsse Sie ergebendst. G.D."

Louis machte einen Schnörkel und las sein Werk noch einmal durch. "Ausgezeichnet!" lobte er sich. "Es ist alles gesagt, nicht zu viel, nicht zu wenig. Jetzt zum Manne, zum Täuberich! Für den werde ich mich nicht so anstrengen. Ueberlassen wir es dem Zufall! Nehmen wir das Kennwort "Grünes Band"; das muss ein Sentimentaler sein..."

Louis las die Anzeige noch einmal: "Junger Mann, 28 Jahre alt, braun, sucht ernste Gefährtin zwecks Heirat. Antwort an dieses Blatt unter "Grünes Band 28".

Der Witzbold nahm eine einfache Briefkarte und schrieb: "Sehr geehrter Herr! Ich lese Ihre Anzeige; sie erscheint mir ernst. Ich möchte mich mit Ihnen treffen. Seien Sie am nächsten Sonntag um 6 Uhr im Café Métropolitain! Tragen Sie als Erkennungszeichen eine Rose im Knopfloch und das Abendblatt in der Hand! Irene."

Das war am Donnerstag. Am Sonnabend in der Frühe ging Louis auf die Post und fand die Antwort von G.D. Es war ein in aller Eile geschriebenes Blättchen: "Sehr geehrter Herr! Ihre Offenheit gefällt mir. Ich bin also am Sonntag im Café Métropolitain."

Der Künstler war enttäuscht. Er dachte: "Meine Worte waren ernster. Wo möglich macht sie sich lustig. Und dann: Diese Handschrift! Ohne Druck, ohne Schmuck! Die Schreiberin wird ein altes, trockenes Mädchen sein, langweilig wie ihre Handschrift. Gut genug für das "Grüne Band"!

Am nächsten Sonntag, 10 Minuten vor 6 Uhr, trat Louis ins Café. Das "Grüne Band" war schon da. Es war ein hübscher, brauner Bursche, mit feinen, intelligenten Zügen. Der Maljünger betrachtete ihn, während er sich am Nebentische niederliess. "Nicht übel", murmelte er. "Doch: warten wir das Ende ab! Das alte Mädchen, das ich Irene taufte!! Wie werden sie sich miteinander vertragen? Ich könnte mich krepeln!"

Er verstummte. Ein junges Mädchen trat ein. Sie war entzückend: blond, Grübchen in den Wangen, eine Nase wie Marie Antoinette, das Ideal Louis', der aus allen Wolken fiel.

Der Mann mit der Rose hatte sich erhoben und ihr einen Stuhl angeboten. Die Fremde setzte sich, und leise begann die Unterhaltung. Die jungen Leute, die zuerst etwas schüchtern waren, überwandern bald die erste Scheu. Sie waren beide entzückt: "Voneinander" muss man sagen.

Der Witzbold hatte zu lachen aufgehört. Er versuchte, über die Zeitung gebeugt, einige Worte von der Unterhaltung aufzufangen. "Ich bin hereingefallen", sagte er sich. "Ich wollte zwei Dummen eine Grube graben, und nun sind sie es, die mich, ohne es zu wissen, hereinlegen. In dieser Geschichte gibt es nur einen Dummen, und das bin ich!" In diesem Augenblick erreichten ihn einige Worte.

"Nein", sagte der junge Mann, "ich heiße nicht G.D....- ich bin nicht in der Bank, ich bin Ingenieur. Das ist ein Irrtum...."

"Von der Post oder von der Zeitung?"

"Das weiss ich nicht", antwortete der Ingenieur mit tiefer Stimme. "Doch ich segne den Irrtum, denn..."

Wieder senkte er die Stimme, doch das Gesicht der beiden Heiratskandidaten sprach Bände und Louis wiederholte sich: "Rindvieh! Du hättest an der Seite dieses reizenden Kindes sitzen können! Sie ist dein Ideal! Das Bild deiner Träume!!"

Jetzt sagte der Ingenieur: "Man beobachtet uns. Wenn Sie wollen, führe ich Sie in ein anderes bekanntes Café, gnädiges Fräulein."

Die jungen Leute erhoben sich, schon aneinandergeschmiegt, Sie schritten an

Louis vorbei, ohne zu ahnen, was sie ihm verdankten, und der Malschüler blieb allein, in Eifersuchtsqualen versunken....

Plötzlich kam ihm ein Gedanke: "Ich habe die Beiden glücklich gemacht. Wie wär's, wenn ich mich einnahm um mich selber kümmerte?" Er schlug die Zeitung auf und rief mit fester Stimme: "Kellner - Schreibmaterial!"

(Berechtigte Uebersetzung von Ursel Ellen

J a c o b y).

Der gefürchtete Blutdruck.^x

SPD. Das so viel gebrauchte und so oft missverstandene Worte "Blutdruck" hat schon vielen Menschen ganz unnötigerweise das Leben erschwert, und nicht selten ist es die Angst, in der jemand vor einem zu hohen Blutdruck lebt, die die Steigerung erst bewirkt hat. Diese Angst stammt noch aus einer Zeit, aus der die Wissenschaft heute längst heraus ist, die die Blutdruckserhöhung unter allen Umständen als Begleiterscheinung der gefürchteten Arterienverkalkung ansah. Heute wissen wir, dass diese Anschauung durchaus irrig war, denn die grossen Gefässe sind ja bei dieser Krankheit garnicht verengt, und in den kleinsten ist die Verkalkung garnicht so ausgesprochen vorhanden. Man redet heute viel lieber von einer "selbständigen Blutdruckssteigerung", die mit Verkalkung nicht das mindeste zu tun zu haben braucht, sondern oft "konstitutionell" bedingt, d.h. in der vererbten Körperbeschaffenheit einer Familie begründet ist. Oft findet der Arzt bei allen Familienangehörigen eines an erhöhtem Blutdruck leidenden Menschen ebenfalls erhöhten Blutdruck, ohne dass die Betreffenden etwas davon geahnt hatten. Die Blutdrucksteigerung kann jahrzehntelang bestehen, ohne irgend welche Erscheinungen hervorzurufen, und wird manchmal erst bei einer zufälligen Untersuchung - z.B. für eine Lebensversicherung - entdeckt. Schon bei älteren Schulkindern und Studenten findet man bei systematischer Untersuchung nicht selten einen erhöhten Blutdruck. Ferner sind es oft Störungen der Blutdrüsen, nervöse Ueberreiztheit, Frauenkrankheiten oder die Wechseljahre, die bei der Blutdrucksteigerung eine wichtige Rolle spielen.

Der normale Blutdruck eines erwachsenen jungen Menschen wird im allgemeinen mit 125 Millimetern angegeben. Amerikanische Lebensversicherungsgesellschaften haben jedoch Tabellen angelegt und gefunden, dass bei einem Blutdruck von 150 Millimetern die Sterblichkeit auch nicht zunimmt, und amerikanische Versicherungen lassen sich im allgemeinen nicht vom Optimismus leiten, wenn es um ihr Geld geht. Professor Fleischmann gibt an, dass viele Patienten 20 Jahre hindurch einen Blutdruck von 160 bis 170 Millimetern haben und über keinerlei Beschwerden klagen. Die Grenze des Normalen ist also hier sehr dehnbar. Für sich allein genommen, braucht ein erhöhter Blutdruck noch nicht viel zu besagen.

Oft ist der hohe Blutdruck allerdings ein Symptom für andere schwere Erkrankungen, etwa die Zuckerkrankheit, und darum ist eine regelmässige Kontrolle des Blutdrucks unter Umständen von grosser Bedeutung für die rechtzeitige Erkennung des Leidens. Aber auch da, wo der Hochdruck als selbständige Krankheit gewertet werden muss, ist die Behandlung immer um so erfolgreicher, je früher die Diagnose gestellt wird. Ruhe und Liegekuren stehen hierbei an erster Stelle, unterstützt durch die Herausnahme aus der gewohnten Umgebung und aus dem Beruf mit den damit verbundenen Aufregungen. Auch die seelische Behandlung erweist sich als überaus wirksam, namentlich dort, wo die Blutdrucksteigerung durch Angsteffekte, Erregungszustände, Minderwertigkeitskomplexe u.ä. begünstigt wird. Die Diät spielt ebenfalls eine grosse Rolle. Sehr günstig wirkt eine Einschränkung der Eiweisszufuhr und eine vorwiegende, wenn auch keineswegs ausschliessliche vegetarische Lebensweise. Auch die Gerson-Diät hat oft ausgezeichneten Einfluss. Bei erheblicher Blutdruckssteigerung, die fast stets von gros-

ser Erregbarkeit begleitet ist, sind Beruhigungsmittel wie Pyramidon, Jod, Bromkali u.a. kaum entbehrlich. Als ebenso nützlich erweist sich, wie Professor Leschke (Berlin) angibt, die längere Zeit hindurch fortgeführte allabendliche Verabfolgung von Luminä, da gerade in der Nacht häufig Blutdrucksteigerungen eintreten.

Sehr gewandelt hat sich unsere Anschauung über Verschickung von Personen, die an zu hohem Blutdruck leiden, ins Hochgebirge. Früher hat man es ängstlich vermieden, solche Kranke in Höhen über 800 m zu schicken, während man in letzter Zeit bei mässiger Blutdrucksteigerung gerade von Hochgebirgsaufenthalten sehr günstige Wirkungen erlebt hat. Nur bei Patienten mit übermässigem Blutdruck und unregelmässiger Herzfunktion ist Vorsicht geboten und das Hochgebirge besser zu meiden. In jedem Falle tun natürlich äusserste Vorsicht und ständige ärztliche Kontrolle während des Gebirgsaufenthalts not.

Eine sehr nachhaltige Wirkung, die noch bis zu 10 Monaten nach Abschluss der Behandlung spürbar ist, hat man mit dem neuentdeckten Kreislaufhormon, einem Produkt der Bauchspeicheldrüse, erzielt, von dem je 2 bis 4 Einheiten morgens und abends eingespritzt werden. Irgendwelche störenden Nebenerscheinungen sind bisher nicht wahrgenommen worden. Eierstockpräparate erwiesen sich ebenfalls als überaus wertvolles Mittel, den mit Schwindel- und Erregungszuständen verbundenen erhöhten Blutdruck während der Wechseljahre zu regulieren.

Jeder achte auf seinen Blutdruck, - aber ohne ängstliche Uebertreibung! Ein nervöses, Sichgehenlassen, eine zu üppige und zu stark gewürzte Kost, ein zu grosser Alkohol- und Tabakgenuss, zu viel starker Kaffee und Tee treiben den Blutdruck in die Höhe. Man hüte sich auch vor jedem Uebermass, vor jeder Sportübertreibung und Rekordjägerei, vor Abhetzung und Aufregung - und mache sich vor allem keine unnötigen Sorgen um seinen Blutdruck.!

Dr. Lily Herzberg.

SPD. Ein Unikum von Geiz.^x Die reichste und zugleich geizigste Frau Amerikas war in der zweiten Hälfte des verflrossenen Jahrhunderts Hetty Green, deren Biographie vor kurzem erschienen ist. Sie stammte aus einem anspruchlosen Heim in Neu England und kam von dort in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nach New York. Ihr Vater gab ihr zum Unterhalt dort jährlich 1200 Dollar, eine für New York auch in jeher Zeit recht bescheidene Summe. Hetty Green brachte es jedoch fertig, mit ganzen 200 Dollar auszukommen, und legte den Rest von 1000 Dollar in Wertpapieren an. Durch Spekulationen vermehrte sie ständig ihren Besitz, soweit, dass sie bei ihrem Tode im Beginn dieses Jahrhunderts ein Vermögen von 100 Millionen Dollar hinterliess. Dabei war sie so geizig, dass sie sich nie den Luxus gönnte, ein Fuhrwerk zu nehmen, dass sie, wenn sie etwas kaufte, um Pfennige feilschte, ja, dass sie sogar im Winter, um warm zu sein, ihr Unterzeug mit alten Zeitungen ausstopfte.

SPD. Ein Wink mit dem Zahnpfahl.^x Eines Morgens, beim Kaffeetrinken, fragt die junge Frau ihren Gatten: "Schatz, was trägt du denn heute für einen Kragen?" "Wieso? Gefällt er dir nicht? Allerneueste Form!" "Gibt es den auch in weiss?"

Deutscher Reichstag

3. Sitzung vom 16. Oktober 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung der Sitzung steht als erster Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Damit verbunden sind die Notverordnung vom 11. Oktober, das Schuldentilgungsgesetz und 21 Anträge, die von den verschiedenen Parteien auf Aufhebung der Notverordnung, Aufhebung oder Revision des Youngplanes, auf Durchführung der Feme-Amnestie und zu anderen innen- und aussenpolitischen Fragen gestellt sind. In der Loge des Reichspräsidenten wohnt der japanische Prinz Takamatsura mit seiner Gemahlin der Sitzung bei.

Reichskanzler Dr. Brüning

wird von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: "Nieder mit dem Hunger-Diktator!" Er beginnt seine Rede mit einem Hinweis auf die schwere Wirtschaftskrise die sich nicht auf Deutschland allein beschränke. Sie werden von der Reichsregierung nicht erwarten, so erklärt der Kanzler, dass sie sich mit den Dingen der Vergangenheit beschäftigt (Lärm b.d.Komm.). Die Reichsregierung legt ein Wirtschafts- und Finanzprogramm vor, mit dem sie die schlimmsten Wirkungen der wirtschaftlichen Krise zu beheben gedenkt. Voraussetzung für die Durchführung dieses Wirtschafts- und Finanzreformprogramms ist die Aufrechterhaltung der Notverordnung, die die Reichsregierung am 26. Juli 1930 erlassen hat. Die Reichsregierung fordert die Ablehnung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung. Diese Verordnung ermöglicht die Balanzierung des Reichshaushalts und damit eine Durchführung der Sozialpolitik. (Lärmender Widerspruch b.d.Komm.) (Präs. Löbe ruft den Abg. Leow (Komm) wegen seiner Zurufe zur Ordnung und kündigt schärfere Massnahmen an.)

Reichskanzler Dr. Brüning fortfahrend: Die Reichsregierung wird sich der Beratung der Notverordnung im Reichstagsausschuss nicht widersetzen. Das Defizit des laufenden Jahres wird auf eine Milliarde geschätzt (Hört, hört). Mit neuen Steuern und Lasten ist die Not nicht zu beheben. Daher hat die Regierung sich bisher mit Anleihen beholfen. Aber inzwischen hat der Geldmarkt sein Gesicht verändert. Viele deutsche Kapitalisten haben in Verblendung und mangelnder Staatsgesinnung ihr Geld ins Ausland gebracht. (Lebh. Hört, hört!) (Rufe b.d.Komm.: "Da drüben (rechts) sitzen die Kapitalverschieber!") Hätte das Treiben dieser Elemente nicht unsere Finanzen aufs schwerste geschädigt, dann wäre der deutsche Geldmarkt wohl in der Lage gewesen, unseren dringendsten Finanzbedarf zu befriedigen. So aber waren wir genötigt, uns an das Ausland zu wenden. Vom Ausland haben wir die erforderlichen Mittel zu befriedigenden Bedingungen erhalten unter der Voraussetzung, dass die Ermächtigung zur Aufnahme und Tilgung der Anleihe durch Gesetz planmässig festgelegt wird. Ich richte an Sie, meine Herren, die Aufforderung, dasselbe Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur Regierung zu haben wie das Ausland. (Lärm u. lebhaftes Zurufe rechts u. b.d. Kommunisten).

Die Reichsregierung hat ihr Sanierungsprogramm bereits veröffentlicht. Seine Grundlage ist ein vollkommen ausgeglichener Haushalt für 1931, die Selbständigmachung der Arbeitslosenversicherung, Sparsamkeit auf allen Gebieten, auch bei den Gehältern (Unruhe), Vereinfachung des behördlichen Apparats, besonders auf dem Gebiet der Steuerverwaltung, sowie die Vorbereitung eines endgültigen Finanzausgleichs, durch den den Gemeinden auch die Verantwortung für die Einnahmen auferlegt wird. Die Reichsregierung will keine dauernde Senkung des Reallohns, sie will aber das unhaltbar gewordene deutsche Preisgebäude unter allen Umständen ins Wanken bringen. Das ist nicht zu erreichen, wenn nicht auch eine gewisse Beweglichkeit in die Gehälter und Löhne gebracht wird (Unruhe links). Alle Schichten des deutschen Volkes müssen Opfer bringen (Rufe b.d.Komm.: "Aber die Besitzsteuern werden gesenkt!"). Dazu brauchen wir auch die Mithilfe der Beamtenschaft. (Abg. Torgler (Komm): "Das ist

immer wieder der alte Schmutz!"). Die Beamtenschaft wird das Opfer bringen trotz der Hetze mancher Kreise gegen das Berufsbeamtentum (Unruhe links, Rufe bei den Komm.: Stegerwald! - Abg. Mörücke (Komm) erhält einen Ordnungsruf). Die Regierung wird ungerechte Angriffe auf die Beamten abwehren. Sie nimmt für sich in Anspruch, dass sie sich an sozialer Gesinnung von keiner ihrer Vorgängerinnen übertreffen lässt (lärmender Widerspruch bei den Komm). Aber wir können nicht Sozialpolitik im luftleeren Raum machen. Eine blutleere Volkswirtschaft und ein zusammengebrochener Staatshaushalt wären nicht mehr in der Lage, die Sozialpolitik weiter durchzuführen. Die Regierung wird alles tun, um möglichst viele Arbeitswillige und Arbeitsfähige wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Unter allen Umständen aber wird sie eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen sicherstellen. Sie wird das Arbeitsschutzgesetz wieder vorlegen, dazu ein Bergarbeitergesetz, eine Neuregelung der Unfallverhütung und Sozialversicherung. Der Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes geht seiner Vollendung entgegen.

Unsere Preispolitik wird vor allem einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts bedeuten. Die Kohlenpreisbildung ist für die Selbstkosten der ganzen Produktion grundlegend. Die Bergbauindustrie hat sich bei den von der Regierung eingeleiteten Verhandlungen jetzt bereit erklärt, vom 1. Dezember ab die Preise um 6 % zu senken (Beifall bei der Mehrheit, Unruhe links). Wenn nötig, wird die Regierung auch zu Zwangsmassnahmen zur Preissenkung greifen. (Lachen links).

Besonders leidet die Landwirtschaft. Ihre Not ist zurückzuführen auf den Zusammenbruch der Preise auf dem Weltmarkt (Zuruf bei den Komm.: Oldenburg schmunzelt da drüben! - Heiterkeit; Abg. Torgler (Komm): 10 Minuten für die Grossagrarien, kein Wort für die Berliner Metallarbeiter!). Die Regierung betrachtet es daher als ihre Aufgabe, die Überschwemmung Deutschlands mit ausländischen Agrarprodukten einzudämmen. Ferner ist eine Hebung des Verzehrs des Roggens, des Produkts unserer heimischen Scholle, notwendig (Beifall rechts). Die Magazinierung wird fortgesetzt werden. Ein Spritbeimischungszwang für Treibstoffe soll eine Verwertung des Kartoffelüberschusses ermöglichen. Aber der Selbstbehauptungswille der Landwirtschaft muss der Regierung zur Seite stehen. Von den Kreditinstituten erwartet die Reichsregierung eine besonders pflegliche Behandlung der landwirtschaftlichen Betriebe. Durch die Reichstagsauflösung ist die Verabschiedung des Osthilfegesetzes verhindert worden, aber die Reichsregierung hat alles getan, um die notwendige Hilfe möglichst schnell durchführen zu können. Die Voraussetzung für dauernde Hilfe im Osten ist die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rente (Lärm b.d.Komm.).

Höchstes Ziel aller deutschen Innen- und Aussenpolitik ist die Wiedererringung der nationalen Freiheit (grosser Lärm b.d.Nat.Soz. - Abg. Dr. Goebbels (Nat.Soz.) ruft: "Festungsstrafe gibt es für nationale Willensbekundung!" - Abg. Strasser (Nat.Soz.) erhält wegen eines Zurufs einen Ordnungsruf). Der Weg dazu kann nur der Weg des Friedens sein, eine Abenteurerpolitik lehnt die Reichsregierung ab (Beifall in der Mitte). Nachdem die internationalen Sachverständigen ihr Urteil abgegeben haben, ist die deutsche Wirtschaftslage von Monat zu Monat schlechter geworden. Wir erleben eine Arbeitslosigkeit und einen Preissturz von nie geahntem Ausmass. Der Internationalen Bank für Zahlungsausgleich ist in voller Absicht die Aufgabe zugewiesen worden, im Falle von Schwierigkeiten rechtzeitig Massnahmen zur Behebung dieser Schwierigkeiten zu treffen. Die deutsche Reichsregierung ist damit durchaus einverstanden, sie bedauert aber, dass diese Gedankengänge auf der andern Seite bisher wenig Widerhall gefunden haben. Die Reparationspflicht darf nicht dazu führen, dass das deutsche Volk seiner sittlichen und sozialen Grundlage beraubt wird. Die unmittelbare Aufgabe der deutschen Regierung ist es, zunächst Ordnung im eigenen Hause zu schaffen (Rufe rechts: "Erst Brot!"). Das ist auch

die Voraussetzung jeder gesunden Aussenpolitik. Wir müssen eine Berücksichtigung unserer bedrängten Wirtschaftslage verlangen. Unsere junge Generation lebt in völliger Ungewissheit über ihre Zukunft (lebh. Zurufe rechts: "Der merkt aber auch alles!" - "Jetzt kommt die Poesie!") Die Tatsache, dass man jetzt nicht einmal die Bedingungen des Versailler Vertrages, die zu unseren Gunsten sprechen, von der Gegenseite eingehalten hat, ist nicht zu bestreiten. Die Versailler Vertragsbestimmung, dass der erzwungenen Abrüstung Deutschlands die freiwillige der andern folgen werde, ist bisher nicht eingehalten worden (Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.): "Und Sie bestrafen den Wehrwillen mit Festung!")

Die Reichsregierung muss angesichts der gekennzeichneten Umstände alles tun, um unsere Landesverteidigung im Rahmen der ihr gezogenen Grenzen zu sichern. Wir werden uns stets für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes einsetzen (Beifall). Wir werden aber auch dafür sorgen, dass die Wehrmacht als festester Rückhalt unserer Volks- und Staatsgemeinschaft freigehalten wird von Einflüssen der Politik (Beifall und Unruhe). Unsere Selbstachtung gebietet uns, dafür zu sorgen, dass die Wehrmacht nicht das Ziel eigensüchtiger Parteizwecke, unberechtigter Verleumdungen und Verdächtigungen wird. (Beifall). Wir werden allen Bestrebungen kultureller Zersetzung auf das energischste entgegentreten. In einer so furchtbaren Wirtschaftskrise muss unser Volk einig und geschlossen dastehen. Dazu sollten alle Parteien helfen. Sie sollten die Gegensätze aus dem Wahlkampf vergessen und dem deutschen Volk den Weg bahnen zur Freiheit und zum Aufstieg. (lebh. Beifall in der Mitte).

Von der Landvolkpartei ist ein besonderer Misstrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius eingegangen.

Präsident Löbe schlägt vor, das Schuldentilgungsgesetz sofort dem Haushaltsausschuss zu überweisen. - Abg. Dr. Quatz (Dn) widerspricht diesem Vorschlag. Die Regierungsparteien, zu denen wohl auch die Sozialdemokratie zu rechnen sei, müssten nach parlamentarischer Übung eine ordnungsmässige erste Beratung dieser wichtigen Vorlage zulassen.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird auf Freitag vertagt.

Bei Festsetzung der Tagesordnung für Freitag beantragt Abg. Esser (Ztr), das Schuldentilgungsgesetz nicht mit der politischen Debatte zu verbinden, sondern als besonderen Punkt zu beraten. Dieser Antrag wird gegen Kommunisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten angenommen. Abg. Torgler (Komm) widerspricht jedoch der gleichzeitigen zweiten Lesung des Gesetzes.

Diesem Widerspruch der Kommunisten schliessen sich bei der Abstimmung Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolkpartei an. Im Hammelsprung wird die zweite Lesung mit 295 gegen 219 Stimmen beschlossen.

Abgelehnt wird die Beratung eines Antrages der Landvolkpartei auf Einführung eines Beimischungszwangs von Roggen- und Kartoffelmehl zum Weizenmehl.

Freitag 10 Uhr: Schuldentilgungsgesetz, Aussprache über die Regierungserklärung. - Schluss gegen $\frac{1}{5}$ Uhr.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 16. Okt. 1930 (E. Ber)

Saal und Tribünen sind wieder stark besetzt.

Abg. Kasper (Komm.) gab vor Eintritt in die Tagesordnung zu dem den Kommunisten in der Mittwochsitzung durch den Abg. Kerrl (Natsoz.) gemachten Vorwurf, sie, die Kommunisten, hätten die Schaufensterscheiben in Berlin eingeschlagen und nicht die Nationalsozialisten eine scharfe Erklärung ab. Der Abg. Kerrl habe bewusst die Unwahrheit gesagt, da er keinerlei Beweise für seine Behauptung erbringen könne.

Ohne Aussprache wurden sämtliche vorliegenden Anträge auf Streichung bezw. Kürzung der Abgeordnetendiäten dem Hauptausschuss zur Vorberatung überwiesen. Dann wurde die allgemeine Aussprache über die Anträge auf Auflösung des Landtag fortgesetzt. Inzwischen hatte Ministerpräsident Braun mit den Staatsministern auf der Regierungsbank Platz genommen.

Abg. Dr. Hess (Ztr.) wies auf den Beschluss des Zentrums Vorstandes hin, wonach keinerlei Veranlassung vorliegt, Anträgen auf Auflösung des Landtages zuzustimmen. Angesichts der politischen Undurchsichtigkeit im jetzigen Reichstag sei es nur zu begrüßen, wenn in Preussen die Klarheit der Verhältnisse bestehen bleibe. Den deutschnationalen Zusatzantrag, der die Auflösung der Kommunalparlamente verlangt, lehne das Zentrum ab, weil es nach seiner religiösen Auffassung verboten sei, Selbstmordabsichten Vorschub zu leisten (Grosse Heiterkeit). Das Zentrum schliesse sich dem Ministerpräsidenten darin an, dass das gesamte deutsche Volk ein wesentliches Interesse daran habe, zunächst abzuwarten wie die inzwischen ungewöhnlich stark angewachsene Nationalsozialistische Partei sich mit ihrer Reichstagsfraktion eigentlich anzulassen gedenke. Das deutsche Volk müsse nach den Reichstagswahlen zunächst einmal zur Ruhe kommen. Das Zentrum glaube, dass das deutsche Volk auch wieder zur Vernunft gelange. (Unruhe rechts) Wenn es sich herausstellen sollte, dass die Nationalsozialisten etwa Hand legen wollten an die deutsche Demokratie, dann würden sie dabei auf die schärfste Gegnerschaft des Zentrums stossen. Da die Nationalsozialisten auch den Reichskanzler Brüning als ihren Gegner bezeichnet hätten, so seien sie sich hoffentlich darüber klar, dass eine Kampfansage an Brüning eine Kampfansage an die deutsche Zentrumspartei bedeute. Das Zentrum nehme den Kampf auf, das weitere werde sich finden.

Abg. Steuer (Dnat.) erklärte, seine politischen Freunde seien dem Zentrum für die eben bekundete Nächstenliebe dankbar, doch hätte er sie besser gegenüber dem Zentrumskanzler Brüning anwenden sollen, der doch aus dem Wahlkampf eine Mehrheit für seine Regierungsparteien habe herausholen wollen. Das Vorgehen Brauns gegen die Beamten zeige wieder einmal, dass die Regierung bewusst rechts- und verfassungswidrig handele, um die parteipolitischen Ziele der Regierungsparteien mit staatlichen Mitteln zu fördern. Das Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten sei eine grosse politische Dummheit. (Sehr wahr! rechts)

Die Aussprache wird zwecks Durchführung der Abstimmungen unterbrochen. Der kommunistische Misstrauensantrag gegen die Staatsregierung wurde mit 233 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Im ganzen wurden 431 Karten abgegeben, ungültig war keine Stimme. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit lebhaften Zustimmung-

Missfallenskundgebungen aufgenommen.

Annahme fand der Antrag Ladendorff (W.P.), im Berufsausbildungs- und Arbeiterschutz-Gesetz die Lehrverträge nicht in den Tarifvertrag mit einzu-beziehen, sondern weiter als private Lehr- und Erziehungsverträge abschliessen zu lassen. Abgelehnt wurde der kommunistische Antrag auf Gewährung eines Gehalt zuschlagel an die preussischen Theaterbeamten.

In der fortgesetzten Aussprache über die Auflösungsanträge nannte Abg. Becker-Wilmersdorf (Komm) es bezeichnend, dass das Kabinett Braun und die So-zialdemokratische Partei bei Durchführung der diktatorischen Massnahmen der Brüningregierung Hilfsdienste leisten. Die letzten Wochen hätten gezeigt, dass die revolutionäre Entwicklung in Deutschland schnell vorwärts gehe.

Abg. Stendel (DVP) erklärte, in der Angelegenheit des Uniformverbots ge-gen Nationalsozialisten habe die Regierung keine glückliche Hand gezeigt. Was eine Auflösung des Landtages angehe, so habe man die vierjährige Sitzungspe-riode früher auch nicht eingehalten. Ein Parlament müsse dem Willen der Bevöl-kerung entsprechen. Es komme nicht darauf an, ob der zukünftige Landtag arbeits-fähiger werde als der jetzige. Die Deutsche Volkspartei stimme dem Antrag auf Auflösung des Landtags zu, nicht aber der Auflösung der Kommunalparlamente.

Abg. Riedel (Dem.) sprach sich gegen Auflösung des Landtags aus. Aus den Ausführungen der deutschnationalen Redner sei hervorgegangen, dass sie nur die Macht in Preussen erlangen wollen, um unbeschränkt ihre Parteipolitik in den öffentlichen Stellen treiben zu können. Wenn es der Wirtschaftspartei ernst wäre mit der Hilfe für die Wirtschaft, dann verstehe er es bei dieser Sachlage nicht, warum sie denn in der Reichsregierung das Wirtschaftsministerium einem Staatssekretär überlassen und sich auf das Justizministerium beschränkt habe. Die Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft könne nur auf dem Wege ehr-licher Verständigung geschaffen werden; die Aufpeitschung politischer Leiden-schaften bewirke das Gegenteil. Eine ruhige und stetige Politik in Preussen sei die sicherste Bürgschaft für eine Entwicklung zum Besseren.

Abg. Mentz (W.P.) verlangte Auflösung des Landtages, da dem Willen des Volkes entsprochen werden müsse. Die Wirtschaftspartei wolle aus politischem Anstandsgefühl heraus dem Volk Gelegenheit geben, zu sagen, wohin das Staats-steuer Preussens gerichtet werden solle.

Abg. Keller (Christl.Nat.Bauernpartei) forderte Auflösung des Landtages zwecke Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierung. Das Verbot über die parteipolitische Betätigung der Beamten und insbesondere über ihre Zugehörig-keit zur NSDAP sei aufzuheben.

Nach 17 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt; ausser-dem Abstimmungen über die Auflösungsanträge.